

Das globale Terrorimperium der weltlichen und religiösen Gewaltherrschaft Band V

Der perfekt getarnte religiöse Totalitarismus vom 4. bis zum 21. Jahrhundert

Religionen des Satans: Die Machtbasis des Bösen

Band V/040

Die aggressive Expansionspolitik des Islam vom 20. bis zum 21. Jahrhundert

18. Oktober 2016 bis zum 8. August 2017

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 18. Oktober 2016: >>>Die Demontage
des Propheten

Neues Buch von Abdel-Samad

Seit drei Jahren lebt Hamed Abdel-Samad unter Polizeischutz - seit einem Vortrag in Kairo über sein Buch "Der islamische Faschismus". Damals riefen religiöse Prediger und Professoren zu seiner Ermordung auf. Auch aus Deutschland gab es Morddrohungen. Jetzt ist sein neues Buch erschienen, indem der Publizist mit dem Koran abrechnet.

Von Marie Wildermann

Den Treffpunkt mit Hamed Abdel-Samad gibt der Verlag erst kurz vor dem Interview bekannt. Abdel-Samads Personenschützer sind während des gesamten Gesprächs in einigem Abstand dabei. Seine persönliche Situation dürfte sich durch das neue Buch "Der Koran" noch verschärfen. Hamed Abdel-Samad:

"Die ersten Reaktionen gibt es schon, obwohl dieses Buch auch eine vernünftige Analyse ist, gilt es schon jetzt als Provokation, weil ich davon ausgehe, daß der Koran menschengemacht ist."

Koran als Spiegel menschlicher Befindlichkeiten

Denn die Verse im Koran, die sich zum Teil widersprechen, seien für ihn ein Indiz dafür, daß der Koran kein heiliger, von Gott selbst geoffenbarter Text sei, sondern ein sehr irdischer. Ein Spiegel menschlicher Befindlichkeiten und Defizite.

Abdel-Samad gibt in seinem Buch "Der Koran" zunächst einen Überblick über die Entstehungsgeschichte und das, was heute allgemeiner Konsens ist. In einem Abgleich der Koransuren mit Mohammeds biographischen Stationen stellt er dann fest, daß der Prophet immer genau das verkündet habe, was ihm in seiner jeweiligen Lebenssituation dienlich war.

Mohammed: in Mekka Religionsstifter, in Medina Armeeführer

In Mekka, wo Religionsstifter Mohammed noch schwach und seine Gemeinde klein war, und er noch nicht über eine Armee verfügte, habe er Toleranz, Nächstenliebe und Vergebung verkündet:

"Und in Medina gab's eine Armee, gab's viele Kriege, die Gemeinde Mohammeds lebte auch teilweise von diesen Kriegen, und deshalb gab's andere Töne, die den Krieg verherrlicht haben, die den Haß gegen Ungläubige, Juden und Christen zu einer heiligen Mission erhoben haben, Passagen, die den Krieg sogar zu einem Gottesdienst mystifiziert haben."

Wenn man den historischen Kontext und die Lebenssituation des Propheten berücksichtige, würden selbst Koranverse, die scheinbar friedlich und harmonisch gemeint seien, anderes preisgeben, zum Beispiel:

"Wenn sie, die Ungläubigen, zum Frieden neigen, dann sei ihm auch du zugeneigt oder schließ mit ihnen Frieden ab. Das verstehen viele Muslime als einen Aufruf zum Frieden, Imame und Dialog-Profis. Aber es gibt eine spätere Passage, die sagt: 'Und rufe nicht zum Frieden auf, wenn du die obere Hand hast.'

Das ist ein klarer Beweis, daß es sich hier nicht um allgemeine Prinzipien von Frieden und Krieg handelt, sondern nur um strategische Optionen. Das zeigt die menschliche Dimension, das ist Pragmatismus, teilweise sogar Machiavellismus."

Zweifel unerwünscht

Um die Macht zu behalten und auszudehnen, sei Mohammed jedes Mittel recht gewesen, so Hamed Abdel-Samad. Er habe Gesetze und Moral verändert und sie als Gesetze Allahs ausgegeben. Denn das garantierte die Gefolgschaft. Denn wer kann schon Gott widersprechen? Ein Dilemma, das den Islam bis heute begleite. Unter der Prämisse, daß es Gott selbst sei, der keine Fragen dulde und keinen Zweifel zulasse, könne sich keine Kultur des kritischen Denkens entwickeln.

Das werde sich erst ändern, wenn die Koransuren nicht mehr als heilige, von Gott gegebene Texte betrachtet würden, sagt Abdel-Samad. Auch Sprache und Wortwahl mancher Koransuren seien schwer vereinbar mit Gott, dem Schöpfer des Universums:

"Sie spotten dich. Gott spottet dich. Wie spottet Gott eigentlich?"

Mohammed - kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts

Die Bestimmungen, die Mohammed für seine Gemeinde erlassen habe, seien für die heutige Welt nicht mehr brauchbar. Auch auf politischer und juristischer Ebene - Gesetze und Verbote zu Krieg und Frieden etwa, zum Erbrecht, zur Rolle der Frau, zur Sexualität - könnte Mohammed kein Vorbild für die Menschen des 21. Jahrhunderts sein:

"Jemand, der von Kriegen gelebt hatte, jemand, der Frauen als Kriegsbeute mißbraucht hatte, auf seine Freunde verteilt hatte, jemand, der Kinderehen eingegangen war, viele Frauen gleichzeitig geheiratet hatte, jemand, der laut seiner offiziellen Biographie Hunderte von Juden an einem Tag enthaupten ließ, die ihm ergeben waren, das ist nach unseren Kriterien heute ein Kriegsverbrechen."

Abdel-Samad demontiert Koran und den Propheten

Über gut 200 Seiten arbeitet das Buch von Hamed Abdel-Samad an der Demontage Mohammeds und des Korans. Auf viele Muslime wirkt das bedrohlich, andere finden, eine historisch-kritische Analyse sei Grundlage für eine Erneuerung.

Das, was Abdel-Samad vom Propheten übrig läßt, ist wenig: daß Mohammed ein Dichter war; daß er sich für soziale Gerechtigkeit eingesetzt hat:

"Die menschliche Dimension. Das ist eine Würdigung. Das Buch faßt nicht nur diese Protokolle zusammen, sondern auch die Sehnsüchte dieser Menschen nach Erfüllung, nach Gott, nach Wahrheit, nach Gerechtigkeit."

Doch reicht das, um den historischen Titel Mohammeds als Propheten zu verteidigen?

6,6 Millionen Zuschauer im Internet

Natürlich wird Hamed Abdel-Samad auch nach diesem Buch mit Drohungen und Haßkommentaren überhäuft werden. Was ihn positiv stimme, seien die Reaktionen, die er auf seine arabischen Video-Veröffentlichungen im Internet erhalte.

6,6 Millionen vor allem junge Menschen aus der arabischen Welt hätten seine Videos bis heute gesehen, es werde lebhaft diskutiert und kommentiert und viele Menschen würden seine Kritik teilen. Er spüre bei der neuen Generation in der arabischen Welt den starken Wunsch, sich kritisch mit der eigenen Tradition auseinanderzusetzen, etwas, was er sich auch von mus-

limischen Funktionären und Verbänden wünsche:

"Ich erwarte von moderaten Muslimen, von moderaten Imamen, endlich mal, daß irgend jemand sagt: Es gibt bestimmte Passagen im Koran, die keine Gültigkeit mehr heute haben sollten, die gefährlich sind."

Hamed Abdel-Samad: "Der Koran. Botschaft der Liebe. Botschaft des Hasses."

Droemer Knaur Verlag, München 2016 ...<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtete am 15. Dezember 2016: >>**4,7 Millionen Muslime**

Die Zahl der in Deutschland lebenden Muslime hat sich von 2011 bis 2015 um rund 1,2 Millionen erhöht. Damit lebten mit Stichtag 31. Dezember 2015 zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime in Deutschland, teilte das Bundesinnenministerium mit. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung liegt demnach zwischen 5,4 und 5,7 Prozent. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 16. Dezember 2016: >>**Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! Teil 1: "Ich f*** Dich auf dem Rücken Deiner Mutter"**

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation ...

Rabenschwarze Aussichten

Am 20. Juni 2012 schockte der FOCUS seine Leser in einem Aufsehen erregenden Artikel unter dem Titel "Die Wahrheit über den Euro-Crash" mit den Worten: "Immer mehr Experten warnen vor schwersten Unruhen mitten in Europa." Der Beitrag, der die Gefahren eines Zusammenbruchs des europäischen Währungssystems behandelte, wartete mit Experten auf die erstaunlich offen warnten. Rainer Wendt, Bundesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft, wurde wie folgt zitiert: "Natürlich erwartet die Bundesregierung hier schwere soziale Unruhen. Man weiß, was sich da zusammenbraut, aber man verdrängt das in der Öffentlichkeit lieber".

Ein Finanz-Artikel. Sicher. Und zudem ein paar Tage her. Auch richtig. Allein, die Gefahren für den Euro sind seitdem nicht geringer geworden. Im Gegenteil: der griechische Pleitepatient hängt nach wie vor am Tropf, hinzugekommen sind der Ausstieg Großbritanniens aus dem gemeinsamen Wirtschaftsraum und der drohende Abfall Italiens. Die Wahlen in Frankreich, die aller Voraussicht nach zu einem Durchmarsch des Eurofeindlichen Front National führen werden, stehen noch bevor.

Doch damit nicht genug der beunruhigenden Nachrichten. Denn: Wahrscheinlicher, erheblich wahrscheinlicher ist, daß der finale Zusammenbruch des "Alten Kontinents" von einer zweiten Front her droht, die sich das Brüsseler Establishment mehr noch als die erste höchstselbst eingebrockt hat. Die Rede ist von der Aufnahme von Millionen unausgebildeter, teil sogar analphabetischer Flüchtlinge, deren "Versorgung" kaum geschafft werden kann - auch wenn die deutsche Kanzlerin, auf deren Herrschaftsgebiet sich die Gefahrenlage nun zusammendrückt, das gern anders hätte und vermittelt.

Bereits 2008, als die Migrationslage noch "weicher" anmutete, prognostizierte die CIA in einer Studie für das Jahr 2020 die Unregierbarkeit vieler deutscher Stadtviertel. Als Berlin in einer "dank zahlreicher Rettungspakete" an sich schon bedenklichen Haushaltslage im Spätsommer 2015 einen Tsunami formal illegaler Asylanten ins Land holte, korrigierte der amerikanische Geheimdienst seine Prognose und verlautete, der Bürgerkrieg werde noch früher kommen!

Unzumutbare Zustände

Daß die Flut der Hilfsbedürftigen schon finanziell unbewältigbar ist, weiß jede Nachrichtenagentur, deren Aufgabe es ist, fromme Polit-Wünsche auf nackte Wahrheit zu reduzieren. Sie wird auch kulturelle Hürden in ihre Prognose einrechnen. Und Härten, die auf die Kriminalstatistik zulaufen.

Während der ersten sechs Monate dieses Jahres begingen Angaben des Bundeskriminalamts BKA zufolge, Migranten nicht weniger als 142.500 Verbrechen. Also 780 Verbrechen jeden Tag, nur durch dieses Klientel - wobei die veröffentlichten Daten allein solche Straftaten ausweisen, bei denen der Verdächtige auch wirklich gefaßt werden konnte. Kein Wunder also, daß die Polizeikräfte in vielen Teilen Deutschlands nach einem Bericht des auf Sicherheitsfragen spezialisierten New Yorker Think Tanks *Gatestone Institute* (Vorsitzender ist der ehemalige amerikanische UN-Botschafter Bolton) mittlerweile einräumen, mit ihrer Kraft am Ende zu sein.

Die Behörden vor Ort sind um so mehr überfordert, da ihnen die vorgesetzten Staatsanwaltschaften und mit ihnen die weisungsgebende Politik immer wieder die Hände binden. Und Rechtslagen durchwinken, die einer seit hunderten von Jahren an Demokratie, Liberalismus, Humanismus und Aufklärung gewohnte Gesellschaft geradezu wie Hohn anmuten müssen.

So hat die Polizei auf höhere Weisung hin bereits in mehreren Migrationsvierteln das "Funktionieren" von Schariagerichten zu akzeptieren. Als "Vertreter" dieser Nebenjustiz in voller Uniform, mit weithin lesbarem Aufdruck "Schariapolizei" Streife gingen, wurde das von Richtern als rechtskonform durchgewinkt.

Ebenfalls geduldet und sogar entschuldigt werden Kindersexverhältnisse, vorausgesetzt, daß diese "kulturell begründet" sind, also von Migranten ausgeübt werden. Der Fachbegriff dazu lautet Kinderehen. Laut *Gatestone Institute* vom 6. Oktober leben mittlerweile nicht weniger als fünfzehnhundert minderjährige "Bräute" im ehemals zivilisierten Deutschland, 360 unter ihnen sind unter 14 Jahre alt. Die vor der Öffentlichkeit geheimgehaltene Tatsache kam lediglich durch den amerikanischen "Freedom of Information Act" ans Licht, ein Gesetz, das Bürgern die Einsicht in vertrauliche Dokumente gewährt. (<https://www.gatestoneinstitute.org/9078/germany-child-marriage>)

Das *Deutsche Institut für Menschenrechte*, eine von vier Bundesministerien finanzierte und nominell unabhängige NGO, sorgte sich daraufhin. Allerdings nicht um die Aufweichung des Rechtsstaats - sondern um Verallgemeinerungen. Jeder Einzelfall, so das seltsame Menschenrechtsinstitut, müsse geprüft und auf Grundlage des Kindeswohls entschieden werden. Eine pauschale Unwirksamkeit könne, so die Mahnung, im Einzelfall zu problematischen Situationen für die Minderjährigen führen.

Ähnlich las es sich in einem vom Nachrichtenmagazin *Spiegel* vorab veröffentlichten Gesetzesentwurf des deutschen Justizministeriums: Gerichte sollten Kinder-Ehen künftig nur dann aufheben können, wenn das Kindeswohl des minderjährigen Ehepartners gefährdet sei, hieß es. Bereits vorher hatte in einem Schwerpunkt-Thema des *ZDF heute Journal* Claus Kleber der Kinderehe normale oder gute Seiten entnehmen können.

"Soll der Staat die Kinder der Ehe entreißen, ohne Fragen zu stellen?", fragte der öffentlich-rechtlich angestellte Anchorman provokativ. Und nahm Bezug auf einen Film, in dem ein Beispiel einer Zwangsehe gezeigt wurde, wo eine Frau sagt: "Die Ehe war gut für mich". Der Gipfel des Beitrags ist die Feststellung Klebers, daß auch in unserem System die Eltern über die Kinder entscheiden können, wenn sie minderjährig sind.

Man muß sich vor diesen Hintergründen nicht wundern, wenn renommierteste angloamerikanische Zeitungen bis hin zum neugewählten US-Präsidenten die Berliner Republik und ihre Chefin Angela Merkel als "weltfremd" oder gar "wahnsinnig" bezeichnen.

Banden übernehmen Straßen, Viertel und Justizbehörden

Die angeführten Zustände lesen sich bedenklich genug. Nichtsdestoweniger ist es dem Durchschnittsbürger am Ende schnuppe, was die zugereiste Facharbeiterschaft unter welchen kulturellen Abartigkeiten mit wem im Bett treibt. Und es geht dem Biodeutschen ebenso kalt am Allerwertesten vorbei, welche Polizei in welcher Phantasie-Uniformierung Mohammed das feierabendliche Weinglas aus der Hand nimmt, Hussein um zehn ins Bett schickt oder bei Ab-

dul Schutzgeld kassiert - solange es eben nur diese betrifft.

Es sind allein die *transkulturellen Übergriffe*, zumal wenn sie mit Gewalt ausgetragen werden, die der autochthonen Bevölkerung wirklich gegen den Strich gehen. Nur sie sind imstande den innenpolitischen Frieden spürbar zu gefährden. Besetzt "der Fremde" in Drohgebärde *eigene* Lebensräume und Freiheiten, dann macht sich schnell Unbehagen breit. Das sich jederzeit zum regelrechten Volkszorn ausbreiten kann.

Genug Zündstoff gibt es auf diesem Gebiet allemal. Erst am 14.12. berichtete DIE WELT: Kriminalhauptkommissar Ralf Feldmann erinnert sich noch gut an das Gespräch, das wie eine **indirekte Kriegserklärung** klang. Drei Vertreter der kurdisch-libanesischen Community saßen am 29. Juli vergangenen Jahres im Büro des Leiters der Polizeiwache Gelsenkirchen-Süd und diskutierten mit Feldmann über Konflikte mit renitentem Nachwuchs. Irgendwann wurde die Atmosphäre angespannter, und Feldmann bekam sinngemäß zu hören:

"Die Polizei würde den Kampf mit uns nicht gewinnen, weil wir zu viele sind. Das würde auch für ganz Gelsenkirchen gelten, wenn wir wollten." Der Wachleiter verstand das als verkappte Drohung. ... Essens aktueller Polizeipräsident Frank Richter beschreibt es so: Teile der Familienclans seien "im Bereich des gesamten Strafgesetzbuchs unterwegs". ...

Ende 2015 wurden die Beamten mit einem neuen Problem konfrontiert, den sogenannten Tumultdelikten: Wie auf geheimen Befehl versammelten sich plötzlich in Minuten Dutzende Personen und störten Führerschein- und Personalkontrollen. "Haut ab. Das ist unsere Straße. Ihr habt hier nichts zu suchen", bekamen die Polizisten zu hören. Oder: "**Ich fickte Dich auf dem Rücken Deiner Mutter.**"

Solche Beleidigungen ahnden die Polizisten heute schon gar nicht mehr, da müßte man täglich an die 200 Anzeigen schreiben, erklärt Feldmann lapidar. Er sah sich auch persönlich bedroht und wählte eine Zeit lang immer andere Wege zur Wache. (Hervorhebung nicht im Original) Angesichts der Tatsache, daß ein Biodeutscher schon für ein schlichtes Beamten-Duzen zur Kasse gebeten wird, mag man trefflich darüber streiten, ob die Polizei im Ruhrgebiet als umgedreht rassistisch bewertet werden kann. Auf jeden Fall ist sie - in etlichen Ballungsräumen gilt dasselbe - eines: Sie ist schwach. Aufreizend schwach. Die Clans und "Communities" wissen: Sie können sich alles erlauben. Und sie tun das auch.

Jüngstes Beispiel ist der Vorfall des U-Bahntreters von Neukölln. Eine widerliche Tat, verübt in einem Bereich, von dem bekannt ist, daß dort Überwachungskameras angebracht sind. Der Filmmitschnitt zeigt eine junge Frau die eine lange, steile Treppe heruntergeht. Ihr folgt eine Clique 20-30-jähriger Migrantinnen, von denen einer ohne ersichtlichen Grund dem Mädchen von hinten mit voller Wucht in den Rücken tritt. Daß das in hohem Bogen mit dem Kopf vorweg am Treppenende aufschlagende Opfer sich nur den Arm brach, ist ein schlichtes Wunder. Reaktion des Täters und seiner Kompagnons: Keine. Sie flüchten nicht einmal. Sie gehen einfach ihres Weges. So als wäre nichts gewesen.

Direkt vor den Kameras verübt, ist die Tat eine Machtdemonstration. Die Aussage "Was könnt ihr mir schon" wird stillschweigend mitgeliefert. Tatsächlich hielt die Polizei das Verbrechen, wie schon bei den Vorfällen von Köln, unter Verschuß und machte keine sichtbaren Anstalten zu ermitteln. Es war möglicherweise ein und allein der Einsatz eines Whistleblowers, der den Hergang öffentlich bekannt machte: Ein Polizist setzte das Überwachungsvideo ins Internet. Da die Aufnahmen die Personen klar erfaßten, erhielt die Polizei auch entsprechende Hinweise. Ein Gruppenmitglied wurde daher zum Verhör "gebeten", um keine 48 Stunden später wieder auf freien Fuß gesetzt zu werden. Warum der Straftatbestand der Unterlassenen Hilfeleistung nicht griff - unbekannt.

Bekannt hingegen war der Name des Treters, der sich zwischenzeitlich ins Ausland abgesetzt hatte. Der Angreifer soll aus Bulgarien stammen. Informationen der BZ zufolge "prüfen die Sicherheitsbehörden, ein Rechtshilfeersuchen zu stellen." Prüfen. Das läßt einen sprachlos.

Die Vor- bzw. Nachsicht der Staatsanwaltschaft wird hingegen plausibel, wenn man weiß, daß die Herren von der U-Bahn-Putztruppe allesamt aus einer Waltons-großen Gangsta-Familie stammen. Wer Berlin mit Clans/Großfamilien und Bulgaren/Roma/Zigeuner googelt, erhält zahlreiche Artikel über ein kriminelles Milieu serviert, das berufsergänzend Justizbehörden, Polizeioberer und Politiker nach bester Mafiamanier kompromittiert, besticht, erpreßt oder einfach "nur" bedroht. Ziel: Ermittlungsvermeidungen. Offenkundig ist man darin recht erfolgreich.

Die Stimmung (wird ge)schwenkt

Die High Noon-Lage im Ruhrgebiet ist nicht neu und verbessert sich auch nicht, im Gegenteil. Die von der *Welt* vor zwei Tagen gelieferten Einblicke beschreiben ...

Daß es in U-Bahnen der Metropolen immer wieder zu schweren Übergriffen durch Migrantenbanden bis hin zu Morden kommt, ist bekannt. Die Taten verschwinden in Statistiktabelle, 99 % der Überwachungskamera-Aufnahmen wurden nie gezeigt - der Vorfall von Neukölln kam nur durch einen Whistleblower heraus, nachdem die Polizeibehörden das Beweismaterial sechs Wochen lang unterdrückt hatten.

Hier wie dort gebe es "Migrationsprobleme", ein Thema das seit jeher als schützenswert behandelt wird. Hier wie dort wurde vertuscht - das ist typisch. Hier wie dort wurde aber jetzt "enthüllt" - das ist symptomatisch. Denn beide Aufdeckungen stehen nicht für sich allein. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Dezember 2016: >>Jetzt f***** wir das System! Die letzten Tage vor dem Bürgerkrieg?! (Teil 2)

Wolfgang Eggert analysiert die Lage der Nation ...

Die Systemmedien schwenken

"Migrationsprobleme" sind ein Thema, das seit jeher von allerhöchster Stelle aus als schützenswert behandelt wird. Politiker, Polizei, Medien, der gesamte "Apparat" hielt sich bis dato an die Vorgabe. "Nicht darüber reden, nicht darüber streiten, nicht darüber schreiben, wenn ein Vorfall ein schlechtes Licht auf das europäische Integrationsprojekt werfen könnte". So lautete das Motto. In der Folge wurde vertuscht, was das Zeug hält.

Den Medien obliegt hierbei die ausschlaggebende Macht. Sie können Mißstände verdunkeln oder beleuchten. Sie können Stimmungen unterdrücken oder fördern. Sie können Aufbegehren in Schach halten oder freisetzen. Bisher haben sie stets ersteres getan.

Diese stringente Linie hat Risse bekommen, deutliche Risse. Seit einigen Wochen beginnt sich die Nachrichtenlage zu ändern. Das Flaggschiff der Berliner Obrigkeit, die Tagesschau, hat sich in einem Akt vermeintlicher Selbstkritik entschieden die einzige systemkritische politische Kraft, die AfD, nicht mehr als "rechtspopulistisch" zu brandmarken. Das ist kein isolierter Akt. Parallel zu diesem verwunderlichen Entschluß wird nun Jahrzehntelang unter der Decke Gehaltenes, Aufgestautes von Zeitungen und selbst Fernsehkanälen vermehrt nach außen gegeben.

Es sind gerade die transatlantischen Medien, die sich an Tabuthemen heranmachen: Mafiöse Clans, islamistische Bedrohung, Scharia, Burka - all das, was vordem als unantastbar galt, ist es nicht mehr. Was die Presse als "vierte", vorgeblich kritisierende "Macht" im Staat schon längst in Dosen hätte verabreichen können, kommt jetzt teilweise schockartig. Berichte, welche die Migration und vor allem den Islam zumindest halbwegs kritisch beleuchten, erscheinen in immer kürzeren Abständen. Es gibt Mainstreammedien, die auf ihren Online-Titelseiten jeden Tag ein neues Negativ-Happening aus diesem Milieu anbieten.

Darunter z.T. Fälle, die nach vorsätzlichen Stimmungsanheizungen aussehen, wie stilsicher mit dem Schwert des Islam vollzogene Machetenangriffe oder angeblich gescheiterte Bombenanschläge. Auch zeitliche Maßschneidung gibt es, so die jüngste Massenthauptung christlicher Statuen in katholischen Regionen des Rheinlands (<http://www.informationlibera->

tion.com/?id=55971, in NRW, dort, wo die nächsten deutschen Landtagswahlen stattfinden werden).

Obwohl in sich ganz sicher keine von außen bezahlte Politaction-Tat, fällt auch der U-Bahn-Tritt von Neukölln in die Kategorie "verdächtig" - und zwar aufklärungsseitig. Daß alles, was dort geschah und im Nachhinein "schief lief" auch bekannt (gemacht) wurde, verduzt einigermaßen.

Der verstörende Filmmitschnitt, seine versuchte Vertuschung, die Enthftung eines Gangmitglieds unter geradezu aufreizender Begründung ("keine juristische Grundlage"), das Weitergeben des ebenso provokativen Ausspruchs, daß der Versuch des Haupttäters habhaft zu werden noch "geprüft" werde, während sofort eine Anzeige gegen den Ü-Cam-Whistleblower erlassen wurde - das ganze "Strippen" von Ausländerkriminalität nebst staatlichem Vollversagen, alles in einem Fall, quer durch die Medien - kann keinem Zufall geschuldet sein.

Neukölln steht indes nicht für sich allein. Personifizierte Schicksale von Gemordeten oder Vergewaltigten gibt es zuhauf, es gab sie immer, als Nummern in Polizeiakten versteckt und daher ungesehen. Jetzt werden die ersten offen gezeigt, mit Namen: Schicksale bekommen ein Gesicht. Im Ergebnis kommt die - verständliche - Wut langsam aber gewiß auch bei der schweigenden Mehrheit an, wo sie täglich durch nachfolgende Gewalttaten, Polizeiversagen und milde Richter immer weiter hochgetrieben wird.

Die Selbstermächtigung des verachteten Bürgers

Wer sich über die daraus entstehenden Folgen unterrichten will, braucht nur die Kommentare unter einschlägigen Artikeln lesen. Der Ruf nach Bürgerwehren und Selbstjustiz ist hier nicht mehr außergewöhnlich. Im Fall des U-Bahn-Treters, ist man bereits über das bloße Vordenken hinausgekommen. Mehrere Seiten haben beachtliche Kopfgelder auf die Ergreifung des Täters ausgesetzt. Deutschlands unterbezahlter Arbeiterbarde Gunther Gabriel ("Hey Boss, ich brauch mehr Geld") geht mit satten 5.000,- Euro an den Start. Ein Personenschützer bietet 2.000,-. Etliche andere legen Summen in gleicher Höhe auf den Pott. Die privat ausgesetzten Prämien erhöhen sich ständig.

Der "hilfspolizeiliche" Vollzug von Gerechtigkeit beginnt lukrativ zu werden. Wobei das Wort hilfspolizeilich angesichts des an § 258a StGB (Strafvereitelung im Amt) erinnernde Behördenversagens in zahllosen Kommentaren schon gar nicht mehr Verwendung findet. "Sachdienstliche Hinweise auf den Täter bitte an" ... "mich" / "uns" / "die Organisation XY" / "die Zeitung sowieso" liest man anstelle dessen immer wieder.

Erste "Suchtrupps" haben sich formiert; über das, was man anstellen wird, wenn der Treter gefunden ist, gibt es verschiedene Sichtweisen. Sie reichen von "Polizei anrufen" bis hin zu "An den Füßen aufhängen und abwarten". Plakate mit der Aufschrift "Dead or Alive" wurden bisher nicht gesehen. Noch nicht.

Nachsatz: Der Berliner Treppen-Treter wurde Pressemitteilungen zufolge, am Samstagabend gefaßt, anscheinend nach einem Tipp aus der Bevölkerung. Der Hinweisgeber hätte Anspruch auf eine Gesamt-Kopfprämie von über 20.000,- Euro die von besorgten Bürgern gesammelt bzw. aus privater Tasche ausgelobt wurde. Staatliche Behörden hatten ihrerseits keine Belohnung zur Ergreifung des Straftäters in Aussicht gestellt.

Die Medien berichten, kritisch zwar, aber was bleibt ist bei vielen, sehr vielen, das Gefühl: ENDLICH tut sich was! Nur durch uns und mich allein. Gefühlte Jahrzehnte der korrupten Schlappschwänzigkeit, von anderen verschuldet, fallen von den eigenen Schultern, so als habe man selbst an ihr Mitschuld getragen. Vorbei damit. Jetzt wird aufgeräumt!

Dieses grundpositiv erlebte, selbstermächtigende Gefühl ist die Stimmung jeder Vorrevolution. Wer das für übertrieben hält, möge in die Geschichte zurückschauen, um deutliche Parallelen zu finden.

Die **Grundlage jeder Erhebung** ist stets eine klare Interessenstrennung zwischen Regierung

und Volk, in einem "unten" als wesentlich und belästigend empfundenen Punkt. Heute wird die Aufgabe des gemeinsamen Hauses Deutschland zugunsten einer aus Brüssel fernverwalteten und aus aller Welt gefluteten Trabantenstadt als genau das empfunden. Wiederholten Umfragen zufolge, lehnt über die Hälfte der Bevölkerung dieses ideologisch-verstiegene Globalisierungsprojekt ab.

Nun sehen wir uns die **Ereignislinie** an, die jedem "Aufstand" historisch zu eigen ist:

1. Die Herrschenden ignorieren (a) diesen Widerwillen im Volk und reklamieren (b) ihre Politik als "alternativlos". Sie verschließen sich (c) in einen Elfenbeinturm und regieren von dort (d) weiter an großen Teilen des Volkes vorbei oder direkt gegen diese.

2. Viele Bürger fühlen die von oben herab vollzogene Abwendung, die früher oder später als echte Trennung erlebt wird. In der Folge wenden sie sich schließlich selbst ab. Erst von den prominentesten Systemvertretern, dann auch von Parteien und schließlich vom System als solchen.

3. Das Bestehen einer als wirklichkeitsfremd und gegen das Volk wahrgenommenen Politik ist, verbunden mit der fehlenden Bereitschaft, die Betroffenen einzubinden ein wichtiger Punkt ("Die hören uns nicht"). Die Unfähigkeit oder gar der Unwille der Regierung, die Kollateralschäden ihrer selbstangerichteten Politik zu benennen oder zu bereinigen ("Die tun ja eh nichts") ist ein anderer. Gegen ersteres kann die entschlossenste Vertreterschaft der zur Seite geschobenen Bevölkerung (die Avantgarde des Umbruchs) nichts ausrichten. Gegen letzteres schon.

4. Einige Bürger erkennen in einem Einzelfall den Freiraum, selbst praktisch gegen Mißstände zu handeln. Sie steigen ein, um ihn zu nutzen. Sie handeln dabei noch nicht GEGEN die Regierung, sondern agieren NEBEN ihr. Die Aktivisten operieren dabei nicht GEGEN das Gesetz, im Gegenteil, sie HELFEN diesem zu seiner Durchsetzung, auf einem rechtlich erlaubten Spielfeld.

5. Selbst "entschiedene" Bürger beschreiten dieses Feld nur, wenn der Staat auf diesem wiederholte Mißerfolge eingefahren hat, oder wenn schlimmerenfalls gar der Verdacht besteht, daß die Regierung dort - z.B. aus politischen Gründen- gar nicht handeln will. Haben diese Wenigen, und hier reichen bereits ein paar Dutzend, nun als Hilfspolizisten Erfolg, dann kommt "unten" automatisch die für jedes Regime totengräberische Erkenntnis "daß es auch bzw. scheinbar nur so geht" auf.

So und nicht anders "beginnt es". So beginnt eine Revolution. Die Kette fallender Domino- steine ist bereits bis zu diesem Punkt durchschritten, weshalb der Fachmann für Neuere Ge- schichte und Militärstrategie Prof. Michael Wolffsohn heute mit vollem Recht von "bürger- kriegsreifen oder sich am Rande des Bürgerkriegs entwickelte Situationen" spricht (*Jüdische Rundschau*, 13.12.2016). Wolffsohn unterrichtete 30 Jahre an der Universität der Bundeswehr München und wurde vor wenigen Monaten zum "Hochschullehrer des Jahres 2016" gekürt.

Das ist der Punkt an dem wir stehen. Was überrascht ist nun die vermeintliche Zwangsläufig- keit, in der wir dorthin gekommen sind. Es gibt genügend Regierungsautoritäten, die diesen Prozeß hätten aufhalten können. Sie haben das nicht getan. Im Gegenteil scheint sich das Sy- stem laufend selbst zu sabotieren. Von außen und von innen. Warum? Warum passiert das? Gibt es Profiteure für die sich laufend weiter erhitzende Situation? Und wenn ja: Wer kann das sein? ...<<

Das Magazin für Kirche und Kultur "KATHOLISCHES" berichtete am 16. März 2017 (x893/...): >>"Von wegen Terrorismus: Das ist eine Invasion mit einem klaren Er- oberungsplan" - Eine Ex-Dschihadistin über den Islam

Isik Aba: "Der Islam ist keine Religion des Friedens. Es ist idiotisch, daß der Westen das nicht erkennen will."

(New York) Sie hat einen langen Weg hinter sich: von der Vorbereitung zur Selbstmord-

attentäterin bis zum Einsatz ihres Lebens, um die Strategien des Dschihad, dem sie angehörte, zu enthüllen. Die Rede ist von Isik Abla, einer früheren Muslimin, die sich zu Christus bekehrte.

Islamische Einwanderung "nicht unterschätzen"

Sie lebte in der Türkei bis sie vor ihrem zweiten Mann, der so gewalttätig war wie ihr erster, in die USA flüchtete. Der *Christian Post* enthüllte sie die Pläne, wie die Islamisten den Westen erobern wollen. Abla warnt davor, die Gefahren der islamischen Masseneinwanderung nach Europa zu unterschätzen. Die Bedrohung durch islamistische Attentate lasse sich mit einer nennenswerten muslimischen Minderheit in einem Land nicht kontrollieren. Selbstmordattentäter seien wie verirrte Kugeln. Es sei unmöglich vorherzusagen, wo sie einschlagen werden.

Es gehe aber nicht nur um die offenkundige Gewalt im Islam. Dahinter stehe eine "subtilere und weit gefährlichere" Bedrohung: "Es gibt im Islam eine Erziehung zum Dschihad. Es gibt ein Volk des Dschihad, ein Mediensystem des Dschihad und ein Wirtschaftssystem des Dschihad", so Abla.

Es gebe inzwischen, dank der Einwanderung, bereits "verschiedene Formen von Dschihad, die sich in der westlichen Welt festgesetzt haben". Als sie noch eine fanatische Muslimin war, habe sie auch an den Dschihad geglaubt, an den "physischen Dschihad", einen "ganz konkreten, gewalttätigen Dschihad", denn wie der Koran lehre, sei die physische Gewalt notwendig, und die höchste Form dieser Gewalt sei das Töten. Laut Koran gebe es "keine höhere und reinere Form des Dschihad als das Töten von Ungläubigen". Dieses Morden habe daher einen "reinigenden, rituellen, ja sakralen Charakter". Dieses Element könne in seiner ganzen Bedeutung gar nicht genug überschätzt werden.

Der "andere Dschihad": die Einschleusung

Der Dschihad sei aber nicht nur das.

"Ich war Teil eines anderen Dschihad. Das war ein erzieherischer Dschihad, den ich durch meinen ersten Mann erlebte, weil seine Familie den Dschihad unterstützte."

Dabei ging es um die "Finanzierung von Stipendien, um Studenten an die renommiertesten Universitäten der westlichen Welt zu schicken. Über diesen Bildungsdschihad wird die Ausbildung in Harvard, das Studium in Princeton, in Yale finanziert."

"Ein verzweigtes Netz sammelt das Geld, um ausgewählten jungen Männern einen Lebenslauf zu schaffen, der sie in die höchsten Positionen führen soll."

Das gelte für die islamischen Staaten, aber ebenso für die westlichen Staaten. Der Westen suche "treue Verbündete" in der islamischen Welt, deren Aufstieg er dort fördert. Idealerweise stützt er sich dabei auf Personen, die im Westen ausgebildet wurden. Gleichzeitig suchen heute Regierungs- und Oppositionsparteien des Westens nach Muslimen als Aushängeschilder, denen sie zu Blitzkarrieren verhelfen. Auf diese durchschaubaren und berechenbaren westlichen Denkmuster zielen die Bildungsdschihad. Die mit westlicher Hilfe eingeschleusten Dschihadisten "haben die Aufgabe, die westliche Welt zu islamisieren. Das ist eine Form von ideologischem Islam, dem ich angehört habe", so Abla.

Die Flucht, der Selbstmordversuch, die Bekehrung

Im Alter von 12 Jahren schloß Isik Abla ihr Koranstudium ab. In dem Alter "habe ich davon geträumt, für Allah zu sterben und so eine Heldin und Märtyrerin zu werden". Ihre Altersgenossen, ob Burschen oder Mädchen, hätten genauso gedacht. Im Grunde sei das "im Denken eines jeden Muslims verankert", so Abla.

Zur Flucht führte sie nicht die Ablehnung des Islams, sondern die unerträglich gewordene Gewalt, die ihr Mann gegen sie ausgeübte. Nach ihrer Flucht in die USA fand sie Arbeit. Ihr Arbeitgeber, ein gläubiger Christ, erzählte ihr von Jesus. Diese Welt kannte sie aber nicht und sträubte sich dagegen. Sie befand sich damals in einem großen Tief, war allein, verzweifelt

und wollte sich umbringen.

"Als ich Selbstmord begehen wollte, zeigte sich mir Jesus plötzlich auf wundersame Weise und hat mein Leben völlig verändert."

Die zur Christin gewordene Abla hat heute eine neue Mission. Es ist nicht mehr Dschihad. Ihre Mission sieht sie darin, das im Westen verbreitete Image vom Islam als einer "friedlichen Religion" zu korrigieren und das wahre Wesen des Islams zu enthüllen.

"Der Islam ist nicht Frieden"

"Der Islam ist nicht Frieden. Der Islam ist keine Religion des Friedens. Das ist ein Betrug. Es ist mir schleierhaft, wie der Westen das nicht verstehen kann. Ich würde sagen, das ist naiv, aber diese Naivität ist gefährlich, denn in Wirklichkeit ist es idiotisch, nicht begreifen zu wollen, daß der Islam nichts mit Frieden zu tun hat."

Gewiß, so Abla, der Schein könne trügen:

"Ich war selbst eine von ihnen. Ich erschien sogar modern. Das ist die besorgniserregendste Seite des heutigen Islams, daß seine Vertreter sehr modern wirken können. Sie können sogar sehr westlich auftreten, wie ich es tat. Wenn ich aber den Auftrag erhalten hätte, im Namen Allahs zu töten, hätte ich es getan und mich in die erste Reihe gestellt."

Abla empfindet heute weder Zorn noch Haß auf ihre eigene Vergangenheit. Sie treibt nicht Vergeltung an. Sie ist vielmehr überzeugt, daß die Muslime, als Menschen ausgestattet mit Herz und Verstand, den Frieden begreifen und sich danach sehnen können. Deshalb sieht sie ihre zweite große Aufgabe in der Evangelisierung der Muslime. Sie will den Menschen "guten Willens" unter ihnen dabei helfen, ihrem Herz und ihrem Verstand zu folgen, um sich aus den Fängen des Islams zu befreien. Zu diesem Zweck gestaltet sie heute eine eigene Fernseh- und Radiosendung, die auf türkisch, arabisch, Urdu, Farsi und englisch ausgestrahlt wird. Sie erreicht damit ein Einzugsgebiet von fast 400 Millionen Menschen.

"Ich verschweige die Wahrheit nicht"

"Ich evangelisiere", sagt Abla, "das heißt, ich verschweige die Wahrheit nicht." Ihr Appell an die Muslime: "Finde Deinen Daseinszweck und Deine Identität im wahren Gott. Wenn Du siehst, daß der Islam tötet und daß die Muslime töten, dann stell Dir diese Frage, schau Dich um und frage Dich: Ist das Gott? Kann das Gott sein? Kann das Gott wollen? Kann das Dein Schöpfer wollen?"

Aus demselben Grund wendet sich Abla entschieden gegen den westlichen Relativismus, den sie als "falsche Antwort" auf den Islam sieht. Im relativistischen oder synkretistischen Denken sieht sie den "Antichrist" am Werk, der sich einen "humanitären Mantel umhängt": "Wenn wir in Jesus Christus sind und das Wort Gottes kennen, dann wissen wir, daß es nur einen Namen gibt, und daß Sein Name Jesus, der Messias ist." Gleichermäßen an Muslime, Relativisten und Synkretisten gewandt, sagt Isik Abla in ihrer Sendung:

"Du mußt wissen, wem Du dienst und zu welchem Zweck. Ohne Jesus, den Christus weißt Du weder, wer Du bist noch wozu Du bist."<<

Die "Neue Zürcher Zeitung" berichtete am 22. März 2017: >>**Gott will Blut sehen**

Gewalt gehört zum Islam, sie ist im Koran angelegt und wurde von Mohammed vorgelebt. Das sagt der Islamwissenschaftler Hamed Abdel-Samad im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer.

Hamed Abdel-Samad wendet sich entschieden gegen die Entschuldigung, islamistische Gewalt habe nichts mit dem Islam zu tun, sondern sie bedeute einen Mißbrauch der Religion. Im Gespräch mit NZZ-Chefredakteur Eric Gujer und der politischen Philosophin Katja Gentinetta sagt er:

"Es ist kein Mißbrauch der Religion, sondern ein Gebrauch. Denn die Religion schreit förmlich danach, gebraucht zu werden für Gewalt, weil es ein Bestandteil der Religion ist."

"25 Tötungsbefehle gibt es im Koran, direkte Tötungsbefehle, wo Gott den Tod sehen will.

Gott will Blut sehen." Und: "Mohammed war ein Krieger, lebte von Kriegsbeute."

Islam und Islamkritik

Auftrag aus dem Koran

Der Koran ist für Gläubige ein Auftrag, eine Handlungsanleitung, die Gewaltanwendung ausdrücklich vorsieht:

"Das Buch hat eine ungeheure Macht. Der Koran wird von der Mehrheit der Muslime als die letzte direkte Botschaft Gottes für den Menschen betrachtet, mit einem politischen Auftrag, mit einem juristischen Manifest, mit einer Verfassung, wie die Menschen leben sollten. Wenn Gott zum letzten Mal spricht, dann hat das eine Macht. Viele Muslime, vor allem Islamisten, legen das so aus, daß sie diesen politischen Auftrag Gottes notfalls auch mit Gewalt in die Welt tragen müssen."

Hamed Abdel-Samad

Geboren 1972 in Kairo, war Hamed Abdel-Samad in Ägypten Mitglied der radikalislamischen Muslimbruderschaft. Mit der Auswanderung nach Deutschland kam der Sinneswandel. Heute gehört Abdel-Samad zu den resolutesten Kritikern des Islamismus wie des Islams.

Abdel Samad fügt an:

"(Den) Auftrag, Gottes Wort in die Tat umzusetzen - das haben nicht moderne Islamisten erfunden. Das steht im Koran, das hat Mohammed so vorgelebt, das haben seine Nachfolger so gelebt."

Freiluftgefängnisse

Wenn der Auftrag Gottes gemäß dem Koran vollzogen wird, führt das zu Unfreiheit in muslimischen Ländern.

"Die Religion insgesamt und ganz besonders der Islam neigt dazu, sich einzumischen in die privaten Angelegenheiten des Menschen. Wenn man diese Einmischung nicht unterbricht, dann kann aus diesem System ein Unterdrückungssystem entstehen." "Überall in der islamischen Welt, wo der Islam die Hauptrolle in der Gesetzgebung spielt, haben wir Freiluftgefängnisse."

Verdammung der Ungläubigen

Die Unterdrückung von Nichtmuslimen ist im Koran angelegt:

"Die Aufteilung der Welt in Gläubige und Ungläubige, die Verdammung von Ungläubigen, das ist im Koran, das ist die islamische Geschichte seit dem Beginn."

"Der Islam geht davon aus, daß die Muslime eine erhobene Gruppe sind, die über der Menschheit steht. Es steht so im Koran. Es steht: Ihr seid die beste Gemeinschaft, die für die Menschheit je hervorgebracht wurde."

"Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen."

Die Folgen für das Zusammenleben:

"Hier beginnt das Faschistoide: daß man diese Ungläubigen verflucht, dämonisiert und ihre Existenzberechtigung in Frage stellt."

"Wenn Ungläubige als schmutzig oder als Schweine oder Affen gelten, wie es im Koran steht, dann fällt es einem Gläubigen schwer, mit diesen Ungläubigen einen normalen Umgang zu haben."

Geburtsfehler des Islams

"Der Islamismus ist nur eine konsequente Umsetzung dessen, was im Koran steht. Die Haltung gegenüber Ungläubigen, die Haltung gegenüber Gewalt - das ist eine Umsetzung des politischen Auftrags des Islams. Der Islam ist mit diesem politischen Auftrag geboren. Es gibt einen Geburtsfehler des Islams, nämlich die Vermischung von Glaube, Politik, Wirtschaft und Gesetzgebung, und zwar seit der ersten Stunde."

Reformer haben Angst

Eine islamische Reform ist laut Abdel-Samad nicht in Sicht:

"Reform würde bedeuten, daß wir uns öffnen sollten, dem Westen gegenüber, vom Westen lernen sollten. Aber das würde aus islamistischer Sicht Selbstaufgabe bedeuten. Wir müssen ja den Westen besiegen, damit wir den Auftrag Gottes erfüllen. Und wenn wir das nicht tun, durch Frieden oder durch gute Zusammenarbeit, dann geht der Plan Gottes nicht auf."

"Die Konsequenz muß sein, die Gewaltpassagen im Koran für ungültig zu erklären, zu sagen, sie spielen heute keine Rolle mehr für unsere Welt. ...<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. März 2017:

>>"**Deutschland ist ein failed state**"

Bassam Tibi äußert sich im Interview mit der PAZ zur deutschen Asylpolitik

Der aus Syrien stammende Nahostspezialist Bassam Tibi (72) lebt seit 1962 vorwiegend in Deutschland und den USA und war als Professor für internationale Beziehungen und Berater mehrerer Regierungen tätig. Von 2005 bis 2016 war er, wie er selbst sagt, in Deutschland wegen seiner "unbequemen Gedanken" einer "Tyrannei der herrschenden Meinung und Gesinnung" zum Opfer gefallen. Erst zum Höhepunkt der Asylkrise ist es dem Autor des Buches "Europa ohne Identität", der in den 1990er Jahren die Begriffe des "Euroislam" und der "Leitkultur" geprägt hatte, gelungen, als Mahner auf die öffentliche Bühne zurückzukehren. ...

PAZ: Was bedeutet "Euroislam"?

Bassam Tibi: Der Begriff Euroislam ist ein politisches Konzept, nachdem die Kinder von in Europa geborenen und sozialisierten muslimischen Migranten mit Hilfe des Bildungssystems und der Medien europäische Wertevorstellungen in ihr Verständnis vom Islam übernehmen sollen. In einigen Ländern, wie Schweden und Holland, fand dieses Islamverständnis viel Interesse, leider nicht in Deutschland.

In Deutschland gilt nach dem Gebot der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit der Kopftuchislam nach den Vorgaben der Scharia. Nur ein einziger Islamlehrstuhl in Deutschland, nämlich der von Münster mit Professor Khorchide, ist mit einem islamischen Reformtheologen besetzt, und auch seine Absetzung wird von den konservativen Islamverbänden vehement gefordert. Dieser organisierte deutsche Islam wird von den Wahhabiten und der Muslimbruderschaft aus Saudi-Arabien und der türkischen DITIB, dem verlängerten Arm von Erdogans AKP, beherrscht. Wenn muslimische Migranten nicht integriert werden, bilden sich Parallelgesellschaften wie in den Banlieux in Frankreich, und diese sind die erste Vorstufe zu einem Bürgerkrieg.

PAZ: Kann man Zuwanderung begrenzen oder eindämmen?

Tibi: Zunächst einmal: Zuwanderung ist keine Naturkatastrophe. Ich mache einen Unterschied zwischen Einwanderung, die aus demographischen Gründen gebraucht wird, und der unkontrollierten Zuwanderung, mit der wir es jetzt in Europa zu tun haben. Wenn ein Staat darauf verzichtet, seine Grenzen zu kontrollieren, ist er wissenschaftlich gesehen ein "failed state", ein gescheiterter Staat, wie Deutschland. Wenn zwischen September und Dezember 2015 Hunderttausende bis zu einer Million Zuwanderer nach Deutschland eingereist sind, ohne daß man weiß, woher diese Menschen kommen, und die Regierung das auch noch zugibt, dann muß man von einem gescheiterten Staat sprechen.

Was stattfindet, ist keine Migration, sondern eine Völkerwanderung. Leider wird eine sachliche Debatte hierüber durch Gesinnungsterror verhindert. Merkels Deutschland hat im Zeitraum 2015/2016 Millionen Menschen im Rahmen einer Willkommenskultur ohne eine klare Bestimmung in sein Territorium unkontrolliert hineingelassen. Die Regierung hat kein Konzept für den Umgang mit diesen Menschen beziehungsweise wie sie in das bestehende Gemeinwesen eingegliedert werden können. Die USA, Kanada und Australien sind klassische Einwanderungsländer, wo es solche Konzepte gibt, Deutschland ist dagegen das größte Zuwanderungsland der Welt geworden, weil es statistisch gesehen mehr Migranten als selbst die USA aufnimmt.

Alleine die Stadt Hamburg nimmt pro Jahr die Hälfte der Zahl an Zuwanderern (35.000) auf, wie die USA in einem Jahr als gewollte Einwanderer (70.000) aufnimmt, aber die USA sind mehr als viermal so groß wie Deutschland. Allerdings ist in den USA die illegale Zuwanderung über Mexiko, die statistisch nicht erfaßt werden kann, sehr viel größer.

PAZ: Haben wir als reiche Europäer nicht auch eine moralische Pflicht, Menschen aus ärmeren Ländern zu helfen?

Tibi: Gesellschaftlich ist es neben der Differenzierung zwischen Ein- und Zuwanderung erforderlich, auch zwischen humanitärer Politik und Einwanderungspolitik zu unterscheiden. Es ist unbestreitbar, daß politisch Verfolgte ein Recht auf Asyl haben - dieses Recht ist aber ein individuelles und kein Gruppenrecht. Eine politische Verfolgung verleiht dem Antragsteller zudem keinen Dauerstatus, ist also keine Einwanderung. Denn das Asylrecht berechtigt nur zu einem zeitlich begrenzten Aufenthalt. Zuwanderung ist chaotisch.

Einwanderung erfolgt dagegen erstens nach Bedarf der Aufnahmegesellschaft und zweitens mit dem Ziel, die eingewanderte Person auf Dauer zum individuellen Mitglied des Gemeinwesens zu machen. Ein Bürger-Status als Citoyen muß durch Arbeit erworben werden und kann nicht geschenkt werden, so wie Gesinnungsethiker dies tun, wenn sie Flüchtlinge, die nicht einmal die Landessprache sprechen, zu "neuen Bürgern" hochstufen.

PAZ: Zurzeit versucht die EU nach dem Muster des Türkei-Flüchtlingsdeals einen solchen auch mit Libyen zu machen. Was halten Sie davon?

Tibi: Neben der inzwischen einigermaßen geregelten Balkanroute ist die Mittelmeerroute von Libyen aus heute der zentralste Weg für Millionen Armutsflüchtlinge aus Afrika nach Europa. Diese Mittelmeerroute kann man nur in den Griff bekommen, wenn die staatliche Ordnung in Libyen wiederhergestellt ist. Aber kein EU-Politiker hat darauf eine Antwort. Libyen ist nur noch ein nomineller Staat und es gibt dort keine staatlich funktionierende Ordnung mehr. Es gibt nicht einmal ein libysches Volk, wie es etwa ein syrisches oder ägyptisches gibt.

Zirka 125 schwer bewaffnete islamistische oder afrikanische Milizen kontrollieren das Land und die Fluchtrouten. Die Milizen lassen sich von außen nicht entwaffnen, das heißt USA oder EU können den intern bedingten Staatszerfall nicht beseitigen. Statt ihre Grenzen zu schützen, betreibt die EU mit Frontex-Schiffen nicht nur Seerettung im Mittelmeer, sondern dient dem Transport der Geretteten nach Europa.

Die EU-Frontex-Schiffe sind so zu einem "kostenlosen Taxi-Unternehmen" geworden, das den Schleusern Beihilfe zu ihrer Arbeit leistet. Europa hat nicht nur kein Konzept zum Umgang mit dieser illegalen Migration von Armutsflüchtlingen, die EU bietet auch der organisierten Kriminalität von Islamisten und afrikanischen Kriminellen, in deren Rahmen das Schmuggelgeschäft mit den Flüchtlingen lukrativ betrieben wird, ihre Beihilfe an.

PAZ: Halten Sie eine Obergrenze für Zuwanderer für sinnvoll?

Tibi: Innerhalb der Union gibt es den Konflikt um die Zahl der Zuwanderung zwischen Bundeskanzlerin Merkel und CSU-Chef Seehofer. Seehofer möchte eine Begrenzung der Zuwanderung auf 200.000 und Angela Merkel behauptet, daß im Grundgesetz keine Zahlen stehen. Dieser Konflikt ist lächerlich, in keiner Verfassung stehen Zahlen oder Prozente, aber kein Staat auf der Erde kann unbegrenzt Fremde aufnehmen.

Die Grenze ist die Integrierbarkeit der Zuwanderer, niemand wird behaupten, auch von Merkel hört man "Wir schaffen das" nicht mehr, daß Deutschland diese Massen, die es aufgenommen hat und verwaltet, sinnvoll integrieren kann. Das Schlimme ist nicht, Millionen Menschen unvorbereitet aufzunehmen, sondern ihnen außer Unterbringung, Alimentierung und Sprachkursen nichts anzubieten. Eine Integration in eine Bürgeridentität findet nicht statt.

PAZ: Wie ist die Lage in Ihrer Heimat Syrien?

Tibi: Als ich Syrien 1962 verlassen habe, hatte das Land dreieinhalb Millionen Einwohner, heute sind es über 30 Millionen, zwölf Million davon sind auf der Flucht, die meisten im ei-

genen Lande. Ich bin selbst Syrer und Humanist. Weltweit gab es im letzten Jahr 65 Millionen Menschen auf der Flucht. Die Verpflichtung, Menschen zu helfen, hat Grenzen. Politik und Moral sind auseinanderzuhalten. Ich war im letzten Jahr in Ägypten und habe dort mit Bettlern gesprochen. Diese wußten von der Einladungskultur Deutschlands. Diese Menschen sind nicht verfolgt und sie verhungern nicht, aber dennoch will die Hälfte von ihnen weg, am liebsten nach Deutschland.

Auch im Senegal habe ich gearbeitet, dort will auch die Hälfte der Menschen nach Europa gehen. Diese Armutsflüchtlinge aufzunehmen hat mit Humanität nichts zu tun. Islamisten, die in ihren eigenen islamischen Ländern verfolgt werden, sollte kein Asylrecht in Deutschland gewährt werden. Sie sind ein Risiko nicht nur für ihre Herkunftsländer, sondern auch für uns. Man muß klar sagen, daß Sicherheitspolitik der humanitären Politik gleichrangig sein muß, wenn der Rechtsstaat keine Selbstverleugnung betreiben will. Europa würde bei der Aufnahme von 65 Million Flüchtlingen aus Nahost und Afrika nicht mehr als zivilisatorische Entität existieren. Diese Tatsache muß man frei aussprechen dürfen.

PAZ: Sie gelten auch als der Schöpfer des Begriffes der "Leitkultur", was verstehen Sie darunter?

Tibi: Als ein Mensch nichteuropäischer Herkunft sehe ich europäische Identität deshalb positiv, weil sie einen inklusiven Rahmen bietet, der eine Verbindung zwischen den ethnischen Einheimischen und den Neuankömmlingen in einer Wertegemeinschaft ermöglicht. Ich nenne diesen Rahmen Europäische Leitkultur; eine Option, die nicht nur Islamisten, sondern auch Linksgrüne vehement ablehnen.

Nicht nur Flüchtlinge und Islamismus bedeuten eine Gefahr. Eine große Gefahr für Europa stammt aus dem Inneren dieses Kontinents selbst, nämlich aus dem postmodernen, kulturrelativistischen Nihilismus, der jeden Wertebezug als Rahmen für Identität verleugnet. Dieser Verlust an Identität betrifft vor allem Laizität und säkulare Demokratie. Viele Zuwanderer bringen eine Weltanschauung mit, die beides verleugnet. Wenn Deutschland seine eigene Identität und ein vorhandenes Gemeinwesen verleugnet, dann ist die Folge zwangsläufig eine Unfähigkeit zur Integration. Zuwanderer, die sich ausgegrenzt fühlen, werden eine Identitätsalternative suchen und diese wird oft der Scharia-Kopftuch-Islam sein.

PAZ: Wieso kommt es zu dieser seltsamen Allianz von Linksgrünen und Islamisten?

Tibi: Die nihilistischen Linksgrünen sind ein Bündnis mit den Diaspora-Islamisten eingegangen, die zwar Zuflucht in Europa suchen und finden, zugleich aber den Kontinent islamisieren wollen. Es mag seltsam erscheinen, wie linksgrüne Kulturnihilisten mit Islamisten, die ja eigentlich religiöse Absolutisten sind, ein Bündnis eingehen können. Zum Bestand der europäischen Identität und seiner kulturübergreifenden Leitkultur gehören säkulare Demokratie, Laizität und Bürgerschaft als wesentliche Säulen des Gemeinwesens. Wenn man diese Idee von Europa abweist, bleibt nichts übrig.

Die Linksgrünen mißbrauchen die Flüchtlinge als Ersatzproletariat, um mit ihnen Politik zu machen. Die heutige linksgrüne Ablehnung Europas ist nicht neu; die Abweisung der westlichen Zivilisation als ein Herrschaftszentrum mit all den Übeln von Kolonialismus und Faschismus reicht weit zurück, das weiß ich als ein alter Linker der 1960er Jahre. Max Horkheimer, mein Lehrer in Frankfurt, der als Jude die NS-Zeit in den USA überlebt hatte, hat uns trotz aller Übel, die von Europa ausgingen, klar die positiven Seiten der europäisch-westlichen Werte aufgezeigt, die universell galten und von den alten Linken vertreten wurden, zu denen auch ich gehörte.

Heutige Linksgrüne sind hingegen auch wertemäßig antieuropäisch und antiwestlich eingestellt. Westliche Werte werden synonym mit weißer Hautfarbe gleichgesetzt, so daß deren Verteidigung als "Rassismus" gilt. Die aus der islamischen Zuwanderung notwendig entstehenden "unversöhnlichen Parallelgesellschaften" sind für die Linken ein Segen, den sie als

Multikulturalismus bezeichnen. Der linksgrüne Diskurs dominiert die öffentliche Meinung in Europa. Wer nicht mitmacht, wird in die rechtspopulistische Schmutzdecke gestellt.

Als muslimischer Migrant fällt es mir schwer, diesen europäischen Selbsthaß nachzuvollziehen. Max Horkheimer forderte uns damals auf, die westlich-europäische freie Welt als "Insel der Freiheit in einem Ozean der Gewaltherrschaft" zu verteidigen, und zwar nicht nur gegen den Faschismus Hitler'scher Prägung, sondern auch gegen den linken Totalitarismus Stalin'scher und Lenin'scher Provenienz.

Ich bin dem Vermächtnis Max Horkheimers treu geblieben. Zu diesen bekannten Feinden Europas kommt heute aber noch ein dritter Feind hinzu: der Islamismus. Wer, wie ich, vor dem totalitären Islamismus warnt, wird von Linksgrünen mit den Vorwürfen "Rassismus" und "Islamophobie" eingedeckt. Ich weiß nicht, ob Europa die linksgrüne Selbstverleugnung überleben wird, ich hoffe aber, daß ich die Islamisierung Europas nicht mehr erlebe.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 6. April 2017: >>**Ein Programm zum Bürgerkrieg**

Freitagsgebet in der Sultan-Selim-Moschee in Mannheim: Wieviel Judenhaß steckt im gewöhnlichen Islam?

Anderthalb Jahre nach der Eskalation der Flüchtlingskrise erscheinen immer mehr Bücher, die Hintergründe und Folgen der Ereignisse ausleuchten. Robin Alexander landete gerade mit seinem Buch "Die Getriebenen" den politischen Bestseller des Jahres. Es gelingt ihm in diesem Buch, den dramatischen Ablauf der Grenzöffnung im September 2015 minutiös nachzuerzählen und dabei Motive und Versagen der politisch Verantwortlichen freizulegen.

Jetzt erregt ein weiteres Buch Aufsehen: "Inside Islam". Hier hat sich der *ARD*-Journalist Constantin Schreiber zum Freitagsgebet in 13 Moscheen begeben, um herauszufinden, was dort gläubigen Moslems auf arabisch oder türkisch tatsächlich gepredigt wird. Schreiber resümiert besorgt, die Imame predigten gegen die Integrationsbemühungen des deutschen Staates an. Gleichzeitig Muslim und Demokrat zu sein schloße sich aus. Und es werde teilweise "sehr offen gegen Jesiden, Armenier und Juden gehetzt", so Schreiber.

"Schule ohne Rassismus" mobbt jüdischen Schüler

Ein aktueller Zwischenfall an einer Berliner Gemeinschaftsschule bestätigt, welches massive Problem der unter arabischen und türkischen Jugendlichen grassierende Antisemitismus darstellt. Eine jüdische Familie sah nach wiederholten verbalen und körperlichen Attacken auf ihren 14jährigen Sohn keine andere Wahl, als ihr Kind von der Schule zu nehmen. Drei Viertel der Schüler an dieser Einrichtung, die sich im Projekt "Schule ohne Rassismus" engagiert, haben Migrationshintergrund.

Daß Antisemitismus in aller Regel heute nicht mehr "aus der Mitte der deutschen Gesellschaft", sondern aus muslimischen Einwanderermilieus kommt, stellt linke Politiker und Journalisten vor ein Dilemma. Einige Medien, so beispielsweise *Spiegel Online*, verschwiegen in ihren Berichten zum Vorfall kurzerhand den ethnisch-religiösen Hintergrund der Täter.

Gefährlich ist der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige

Aber so kommen wir nicht weiter. Die Fakten müssen auf den Tisch. Einiges, was Constantin Schreiber in "Inside Islam" ausgräbt, klingt alarmistisch. Daß Christen vergessen haben, sich als Gläubige der Mission verpflichtet zu sehen, ist ein Problem der Christen, nicht der Moslems. Daß in Predigten zur Glaubensstrenge aufgerufen wird, wünschte man sich auch mehr von Pfarrern. Gefährlich ist aber der Aufruf zum Haß auf Andersgläubige und den Staat.

Hier haben wir in Deutschland vor einem halben Jahrtausend im Dreißigjährigen Krieg blutig lernen müssen, religiöse Konflikte durch Säkularisierung, Verfassungen und Rechtsstaatlichkeit zu neutralisieren. Mit dem konfessionellen Gegensatz unter Christen zu leben hat Jahrhunderte gebraucht. Unkontrollierte Einwanderung von Moslems macht Integration zu einer irgendwann schlicht quantitativ nicht mehr beherrschbaren Aufgabe und ist damit ein Pro-

gramm zum Bürgerkrieg. Das sollte die Politik endlich beherzigen.<<

Prof. Dr. Günter Buchholz veröffentlichte am 13. April 2017 die sogenannte "Frankfurter Erklärung" über die islamische Expansion (x994/...): >>1.400 Jahre islamische Expansion, islamischer Imperialismus und islamischer Sklavenhandel

"Nach knapp 470 Jahren islamischer Expansion durch das Schwert (632 n. Chr. bis 1099 n. Chr.) beginnen zwei Jahrhunderte der christlichen Kreuzzüge. Nachher geht der Jihad ungebrochen weiter - bis heute." ...

"Rund 60 Millionen Christen wurden während der Eroberungszüge durch den Jihad vernichtet. Die Hälfte der glorreichen Hinduzivilisation wurde ausradiert; 80 Millionen Hindus wurden umgebracht. Der Jihad zerstörte den ganzen Buddhismus entlang der Seidenstraße. Zirka 10 Millionen Buddhisten kamen um. Die Bezwingung des Buddhismus ist das praktische Resultat von Pazifismus.

In der Zeit seiner Existenz hat der Islam mehr als 1 Mio. Europäer versklavt und verkauft, mehr als 2 Millionen kamen dabei zu Tode. Islamische Sklavenhändler verkauften bis zu 12 Millionen Afrikaner gen Westen (Nord und Südamerika) und weitere 18 Millionen verschleppten sie in die islamischen Kernlande. Auf einen Sklaven kamen dabei im Durchschnitt 3 Verluste (Tote!). Was die Zahl afrikanischer Opfer des Islam auf bis zu 120 Millionen anschwellen läßt. In Afrika fielen demnach während der letzten 1.400 Jahren über 120 Millionen Christen und Animisten dem Jihad zum Opfer.

Ungefähr 270 Millionen Ungläubige starben während der letzten 1.400 Jahren für den Ruhm des politischen Islam ..." ...

Literatur: Egon Flaig: Weltgeschichte der Sklaverei, 2. Aufl., Verlag C. H. Beck / beck'sche Reihe 1.884 / München 2011, ISBN 978 3 406 584503

Hans-Peter Raddatz: Von Allah zum Terror? - Der Djihad und die Deformierung des Westens, Herbig-Verlag, 2. Aufl. 2002, ISBN 3-7766-2289-X<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 21. April 2017 (x887/...): >>Das Ende der Täuschungen

Erdogans Osmanen fordern uns heraus - Deutschland reagiert ratlos

Beschwichtigungen sollen das Resultat des Türkei-Referendums relativieren. Doch es hilft nichts mehr, die Wahrheit ist zu hart.

Das Ergebnis des türkischen Referendums stellt die deutsche Politik und Öffentlichkeit vor eine dramatische Frage: Wie verhält man sich, wenn einem ein Konflikt aufgedrängt wird, den man nicht wollte?

63 Prozent der türkischen Wähler in Deutschland haben Erdogans autoritäres Regime bei dessen Machtergreifung unterstützt. Alle Beschwichtigungen können das nicht verwischen, auch nicht der Hinweis, daß nur die Hälfte der in Deutschland wahlberechtigten Türken überhaupt zu den Urnen gegangen sei. Niemand weiß, wie die Nichtwähler abgestimmt hätten.

Überdies darf nicht vergessen werden, daß mehr als ein Viertel der türkischen Staatsangehörigen in Deutschland zu Minderheiten wie den Kurden, Aleviten oder (assyrischen, aramäischen, armenischen) Christen zählt, von denen aus Gründen der kulturellen Selbsterhaltung so gut wie niemand hinter Erdogan stehen dürfte. Auf die ethnischen, sunnitischen Türken fokussiert ergibt sich daher beinahe das Bild einer antidemokratischen Einheitsfront ohne wesentliche Opposition.

Darauf muß Deutschland reagieren - aber wie? Zunächst dadurch, daß es sich endlich von Täuschungen nicht mehr blenden läßt und sich von seinen Selbsttäuschungen befreit. Der Islamkritiker Hamed Abdel-Samad schreibt: "Kein Mensch kann mir nun erzählen, daß die Integration nicht gescheitert ist." Er verweist darauf, daß es nicht die benachteiligten oder arbeitslosen Türken gewesen seien, die in Deutschland Propaganda für Erdogan gemacht hätten, sondern "jene Krawatten-Türken, die gute Berufe haben und perfekt Deutsch sprechen" sowie

"jene grinsenden Kopftuch-Muslimas, die uns verkaufen wollen, daß das Kopftuch ein Zeichen ihrer Emanzipation sei".

Diese Kräfte führen Erdogans Krieg gegen Europa, gegen Deutschland, die Demokratie und die Kultur des Abendlandes in unseren eigenen Grenzen. Dennoch genießen ihre Organisationen staatliche Unterstützung - durch viel Geld und öffentliche Anerkennung.

Den Doppelpaß mißbrauchen sie, um ihren Einfluß auf die deutsche Politik systematisch auszubauen. Die Doppelstaatlichkeit, die ihnen großzügig angeboten wird, ist keine Brücke der Integration, sondern ein Brückenkopf, den wir freiwillig unseren Feinden zuweisen, die uns von dort noch erfolgreicher bedrängen können. Wer diese Analyse für übertrieben, gar hysterisch hält, der höre einem Erdogan nur zu und beachte, wie viel er schon umgesetzt hat von seinen scheinbar nur lächerlichen, effekthascherischen Sprüchen.

Natürlich sind die EU-Beihilfen für das Neosmanische Reich sofort einzustellen, ist die Bundeswehr von dort wegzuverlegen. Auch muß, bei Wahrung des Asylrechts, verhindert werden, daß Erdogan seine Kritiker millionenfach ins (deutsche) Ausland drängt, um zu Hause noch freiere Bahn zu haben. Ob die deutsche Politik zu alldem willens und imstande ist, steht tragischerweise dahin.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete ferner am 21. April 2017 (x887/...): >>"Koranisierung" der Sprache

Für den türkischen Staatspräsidenten Erdogan sind verbale Entgleisungen ein Mittel der Politik

Obwohl der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan seit 2003 an der Regierung beteiligt ist, haben viele offenbar erst jetzt durch seine verbalen Entgleisungen sein wahres Gesicht erkannt. Viele Analysten waren sich bisher nicht sicher, ob Erdogan nur ein konservativer Muslim ist oder bereits ein Vertreter des fundamentalen Islam. Zumindest in der Rhetorik ist er in der Endphase des Wahlkampfes dem Haß-Vokabular der Dschihadisten des Islamischen Staats (IS) sehr nahe gekommen.

Bei einem Wahlkampfauftritt in Ankara bezeichnete er die EU als "Kreuzritter-Allianz". Damit spielte er auf eine Audienz der Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten bei Papst Franziskus in Rom an. Anlaß war der 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Erdogan beschuldigte weiter "europäische Parlamentarier und Anführer", sich vor der Volksabstimmung über das von ihm angestrebte Präsidialsystem auf die Seite seiner Gegner geschlagen zu haben. "So Gott will, wird das türkische Volk, werden 80 Millionen den Anführern des Westens die größte Lektion erteilen."

Mit dieser Formulierung ahmt Erdogan die vom IS stubsmäßig betriebene "Koranisierung" der Sprache nach. "Eine Lektion erteilen" wollen auch die Terroristen des IS in vielen Internetvideos ihren Feinden. Nur bei diesen Lektionen gehören Erdogan und seine Türken selbst zu den Lektionsempfängern. Weiter sagte Erdogan: "Wartet auf den Frühling, und alle Terrorgruppen, PKK, YPG, IS, FETÖ, werden sehr nette Überraschungen erleben."

Interessant ist, daß zunächst die beiden kurdischen genannt werden, danach erst folgen der IS und die Gülen-Bewegung (FETÖ). Bei der Wortwahl fällt auf, daß sowohl der IS als auch allgemein die Salafisten immer wieder ihren Gegnern "nette Überraschungen bereiten" wollen. Auch hier ist Erdogan also ganz auf das koranisierende Vokabular der IS-Terroristen und ihrer Unterstützer oder das eines Osama Bin Laden aufgesprungen. Denn auch im Koran ist an verschiedenen Stellen von "netten Überraschungen" als Bestrafung von Ungläubigen die Rede. Offenbar will Erdogan dies auch gar nicht mehr verbergen, wie er das noch vor einiger Zeit getan hat.

Erdogan setzt seine verbalen Provokationen bewußt ein, wie der Italiener Silvio Berlusconi oder der verstorbene venezolanische Präsident Hugo Chávez. Wie diese irritiert er hin und wieder mit absurden Äußerungen, wie beispielsweise mit der Behauptung, Muslime hätten

"Amerika entdeckt". Im Jahre 2014 sagte er zum Thema Frauen und Gerechtigkeit: "Man kann Frauen und Männer nicht gleichstellen. Es läuft der Natur zuwider." Gleichberechtigung sei ebenfalls "gegen die Natur". Auch das waren keine unglücklichen Ausrutscher, sondern gezielt als Mittel der Politik eingesetzte Tabubrüche. In Zusammenhang mit dem Verfassungsreferendum setzte er diese sogar noch zielgerichteter ein.

Der türkischstämmige Kabarettist Serdar Somuncu wirft Erdogan vor, bewußt zu provozieren, damit die Situation eskaliert und er dann als Ordnungsstifter gerufen wird. Ähnlich hätte es auch mit dem stümperhaften Putsch vom Juli vergangenen Jahres gewesen sein können. Vielleicht hat Erdogan ihn bewußt provoziert, um sich durch die lang vorbereitete Niederschlagung als starker Mann zu profilieren.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 12. Mai 2017 (x887/...):
>>**Schluß mit Muhammad!**

China verbietet muslimische Namen in Unruheprovinz Xinjiang

Die chinesischen Behörden haben eine Liste mit zwei Dutzend muslimischen Vornamen mit einer separatistischen und extremistischen Nebenbedeutung aufgestellt, die ab sofort nicht mehr vergeben werden dürfen. Darunter sind Namen wie Muhammad, Arafat und Dschihad, aber auch Islam, Koran, Mekka, Imam, Saddam, Haddsch und Medina gehören dazu. Grund ist der Kampf gegen Extremismus. Betroffen sind vor allem Einwohner des westlichen Gebietes Xinjiang, in dem überwiegend Muslime leben, und wo es in der Vergangenheit vermehrt zu terroristischen Übergriffen gekommen war.

Namen sind im Orient immer von religiöser Bedeutung. Wer zum Islam übertreten will, benötigt einen neuen islamischen Namen. Das Verbot der am meisten bekannten muslimischen Namen soll den "religiösen Eifer" in der Unruheprovinz bremsen. China hatte in den vergangenen Monaten bereits mehrere Erlasse gegen die muslimische Minderheit umgesetzt:

So dürfen Frauen, die einen Gesichtsschleier tragen, keine Bahnhöfe und Flughäfen mehr betreten. Männer mit langen Bärten dürfen keine öffentlichen Verkehrsmittel mehr benutzen. Selbst religiöse Beerdigungs- und Hochzeitszeremonien und Hinweise auf muslimische Symbole wie Stern oder Halbmond sind den Uiguren von der Kommunistischen Partei verboten worden.

"Menschen mit verbotenen muslimischen Namen werden in Zukunft keine Anmeldung mehr am Wohnsitz bekommen", sagte ein Polizeibeamter. Kinder ohne Anmeldung bekommen keinen Zugang zur Ausbildung, zum Gesundheits- und Sozialschutz, so der Beamte. In Xinjiang leben mehrheitlich turksprachige Uiguren (60 Prozent) und nur 40 Prozent ethnische Chinesen. Viele Uiguren und Menschenrechtsorganisationen klagen über staatliche Unterdrückung. Andererseits galt für die Uiguren das "Ein Kind Gesetz" lange Zeit nicht.

In Xinjiang kämpfen islamistische Radikale für den unabhängigen Staat "Östliches Turkestan". Seit 1990 starben Hunderte Menschen bei terroristischen Anschlägen wegen Xinjians Konfrontation mit Peking. Der schlimmste Anschlag fand vor zwei Jahren in einem buddhistischen Schrein in Bangkok in Thailand statt. Die chinesische Regierung betrachtet Xinjiang als eine Brutstätte des islamischen Extremismus, der Gewalt und separatistischer Bestrebungen. Zugewanderte Chinesen aus dem Kernland, die sich auch äußerlich stark von den Uiguren unterscheiden, pflegen zudem einen ausgeprägten Rassismus. Viele Uiguren machen die staatlichen Beschränkungen der Religion und der Meinungsfreiheit für die Spannungen in der Region verantwortlich.

Die Regierung hat in Gesetzen 15 religiöse Verhaltensweisen aufgelistet, die angeblich die säkulare Ordnung stören. Eltern werden verpflichtet, ihre Kinder künftig an staatlichen Schulen anzumelden, islamische Schulen sind nicht mehr erlaubt. Und Zugang zu den Moscheen erhalten Muslime erst ab dem 18. Lebensjahr.

Die durch Terror gekennzeichnete weltweite islamische Wiedergeburt hat längst auch das

größte Land der Erde erfaßt. Die kommunistische Partei versucht jedoch, das Übel des Terrors mit den Methoden der Kulturrevolution auszumerzen. Ob das gut geht, darf bezweifelt werden. Der IS, der längst auch in China seine Netze hat, hat bereits angekündigt, daß in "China bald ein Blutstrom strömen wird".<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 7. Juni 2017: >>**Perfider Ramadan-Rummel**

Polizisten sollen Moslems, die wegen ihrer grotesken Fastenbräuche noch reizbarer sind als sonst, in dieser Zeit erst recht mit Samthandschuhen anfassen, Schülerinnen, die zum politisch korrekten Flüchtlingsverstehen und -bewundern in eine Asylunterkunft beordert werden, mögen sich doch bitte gerade jetzt den Korangläubigen zuliebe islamkonform verhüllen, Lehrer und Arbeitgeber sollen Rücksicht auf von Fasten-Exzessen geschwächte Schüler und Mitarbeiter nehmen - hört man den Polit- und Mediengouvernanten so zu, scheint der islamische Fastenmonat Ramadan längst das wichtigste Ereignis im deutschen Festkalender geworden zu sein.

Vom politischen Aufgalopp mit Ramadan-Grußbotschaften und alljährlichem Wettlauf um den wirksamsten Medientermin beim "Fastenbrechen-Besuch" ganz zu schweigen. Vielleicht wüßte es die immer noch christliche Bevölkerungsmehrheit im Lande ja auch zu schätzen, wenn ihre politischen Repräsentanten außer der allweihnachtlichen Volkspädagogik auch mal Grußbotschaften zu Ostern und Pfingsten senden und sich vorbildgebend in einer Kirche blicken ließen - aber da denken die nicht mal dran.

Islamisierung ist kein Hirngespinnst

Der Tanz um das goldene Kalb einer intoleranten Minderheit belegt vor allem eines: Islamisierung ist kein Hirngespinnst, sondern im vollen Gange, und die Meinungsführer im Lande haben ihre Selbst-Islamisierung bereits so verinnerlicht, daß sie sie gar nicht mehr wahrnehmen. Für die angestammte Bevölkerung ist es eine Zumutung, sich unablässig mit den archaischen Selbstaussgrenzungsbräuchen eines eingewanderten vormodernen Kults auseinandersetzen zu müssen.

Wer meint, er müsse im 21. Jahrhundert in Mitteleuropa unsinnige Religionsvorschriften wortwörtlich befolgen, selbst wenn sie der eigenen Gesundheit schaden, verdient weniger Rücksicht als Mitleid. Der allgegenwärtige Ramadan-Rummel ist Gift für die Integration und bestärkt fanatische Moslems in ihrem Auserwähltheits-Wahn: Für sie sind die Toleranz- und Rücksichtsappelle keine höfliche Geste, sondern ein weiterer Schritt zur selbstverständlich erwarteten Unterwerfung.

Die neuen Herren nur nicht provozieren

Statt den eigenen Bürgern Anpassung an islamische Rituale zu predigen, täten Medien und Politik besser daran, sie vor erhöhter Terrorgefahr und Gewaltbedrohung im Ramadan zu warnen. Für Dschihadisten gilt der Kampf gegen Ungläubige im moslemischen Fastenmonat als besonders verdienstvoll; kaum zufällig häufen sich im islambeglückten Europa in dieser Zeit alljährlich die Anschläge. Und der Anblick Ungläubiger, die ihre Bräuche nicht befolgen, ist für Islam-Besessene im Ramadan bekanntlich erst recht unerträglich. Da sitzen Fäuste und Wurfgeschosse, Messer oder auch der Nothammer dann schon mal besonders locker.

Aber solche Warnungen wären ja das Eingeständnis, mit dem Hereinlassen dieser Heerschaaren einen fatalen Fehler begangen und ohne Not die eigenen Bürger gefährdet zu haben. Lieber also schiebt man denen prophylaktisch den schwarzen Peter zu und ermahnt sie, die neuen Herren nur ja nicht zu provozieren. Das macht die scheinbar so weltoffenen und verständnisvollen Aufrufe der Ramadan-Versteher zu einem perfiden und zynischen Selbstrechtfertigungs-Manöver.<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Juni 2017: >>>Der Gefahr ins Auge sehen

von Hans-Jürgen Irmer

In Deutschland hat nie eine Diskussion darüber stattgefunden, daß wir von Menschen, die aus vielen Gründen nach Deutschland kommen, erwarten müssen, daß sie sich an deutsche Gesetze, Normen und Werte halten, die aus der Aufklärung herrühren und konstitutiv für unser friedliches Zusammenleben sind. Als Friedrich Merz vor 17 Jahren von der Notwendigkeit der Leitkultur sprach, hagelte es Kritik aus der Welt der "Political Correctness".

Während andere Länder klar definieren, was sie von Zuwanderern verlangen - Sprachbeherrschung, Gesetzestreue, Integrationsbereitschaft (wem das zu beschwerlich ist, hat jederzeit das Recht, wieder zu gehen) -, haben wir in Deutschland aus falsch verstandener Toleranz nicht diesen notwendigen Mut besessen, sondern der Intoleranz den Weg ebenso geebnet wie der Entwicklung von Parallelgesellschaften, No-go-Areas, und der Segregation Vorschub geleistet.

Zeichen gelungener Integration?

Ist es Integration, wenn in Neuss in einem Bad nur noch Hühnchen und keine Bockwurst mehr angeboten wird, wenn in Kassel in einem Kindergarten keine Weihnachtslieder mehr gesungen werden, wenn in Hannover zweieinhalb Jahre akzeptiert wird, daß eine Schülerin vollverschleiert im Unterricht erscheint, wenn in Berlin eine Lehrerin keine christliche Kreuzkette tragen darf, wenn in Freiburg muslimische Frauen in einem Damenbad keine männlichen Bademeister akzeptieren, wenn in Mannheim eine muslimische Pflegerin sich weigert, männliche Patienten zu waschen, wenn in Berlin muslimische Eltern gegen einen homosexuellen Erzieher demonstrieren, wenn in Hessen eine Muslima als Rechtsreferendarin sich weigert, vor Gericht das Kopftuch abzulegen?

Gehört es auch zur Integration, eine Teilnahme an Klassenfahrten zu verweigern, gegen Koedukation im Sport- und Schwimmunterricht zu kämpfen, zu versuchen, islamische Kindergärten und Schulen zu errichten, einen islamischen Wohlfahrtsverband aufzubauen, bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterricht mit einer kritiklosen Verherrlichung Mohammeds einzuführen? Gehören erste muslimische Listen bei Kommunalwahlen dazu, Zuckerfest statt Weihnachtsfest?

Islamisierung fester Bestandteil des Islam

Einzelfälle? Nein! Nur ein kleiner Auszug aus der Lebenswirklichkeit. Rund sechzig Prozent der Deutschen haben Sorge wegen einer zunehmenden Islamisierung. Zu Recht: 1970 lebten etwa 300.000 Muslime in Deutschland, im Jahr 2000 ca. drei Millionen, heute etwa sechs bis sieben Millionen. Und im Jahre 2025 und 2040?

Der Islamwissenschaftler Bassam Tibi weist darauf hin, daß die Islamisierung der Welt ein fester Bestandteil islamischer Weltanschauung ist. Was machen unsere christlichen Volkskirchen? Bischof Reinhard Marx und der EKD-Ratsvorsitzende Bedford-Strohm verzichten bei einem Besuch auf dem Tempelberg mit einem muslimischen Scheich auf das Tragen ihrer Amtskreuze. Ein fatales Signal.

Ziel ist die Weltherrschaft

Was macht parteiübergreifend die Politik in Deutschland? Sie denkt von Wahltermin zu Wahltermin und befaßt sich nicht vertiefend mit dem Problem einer Religion, die als Ziel die Weltherrschaft hat. Der Islamrat für Europa hat 1980 in London beschlossen: "Der Islam ist ein Glaube, eine Lebensweise und eine Bewegung zur Aufrichtung der islamischen Ordnung in der Welt."

In der Kairoer Erklärung der Menschenrechte von 1990 haben 45 islamische Staaten darauf verwiesen, daß die Menschenrechte immer unter dem Vorbehalt der islamischen Rechtsordnung der Scharia stehen, denn diese sei Allahs Gebot und damit bindend - und nicht der von

Menschenhand formulierte Grundsatz der UN-Menschenrechtskonvention.

Koran unvereinbar mit dem Grundgesetz

Wann fordert der Westen die islamischen Staaten auf, sich von diesen Beschlüssen zu distanzieren? Warum fordert die europäische Staatengemeinschaft nicht täglich, die Verfolgung der Christen in praktisch allen islamischen Staaten endlich zu beenden? Wann demonstrieren die Muslime hier lautstark gegen islamistische Terroranschläge, so wie es geschieht, wenn es um Proteste gegen harmlose Mohammed-Karikaturen geht? Wann endlich gibt es die Aufklärung im Islam, die klarstellen muß, daß die rund 200 Stellen im Koran, die zum Kampf gegen die "Ungläubigen" und deren Vernichtung aufrufen, nur im Kontext der damaligen Zeit zu sehen sind und heute keine Bedeutung mehr haben?

Solange dies nicht geschieht, muß man den Koran als unvereinbar mit dem Grundgesetz bezeichnen. Die Wahrscheinlichkeit eines aufgeklärten Reformislams ist allerdings gering, wenn man weiß, was der türkische Präsident Erdogan diesbezüglich gesagt hat:

"Es gibt keinen moderaten oder nichtmoderaten Islam. Islam ist Islam und damit hat es sich." Oder der ehemalige Chef der türkischen Religionsbehörde Diyanet, Ali Bardakoglu:

"Es steht außerhalb jeder Erörterung, daß das, was im Koran steht, gilt."

Minderheit darf keine Mehrheit werden

Etwas mehr Nachdenklichkeit in Deutschland wäre daher angebracht, zumal wenn man weiß, daß Takija, also die bewußte Täuschung des "Ungläubigen", fester Bestandteil muslimischer Politik ist. Wie antwortete doch der ehemalige Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, Nadeem Elyas, auf die Frage, ob der säkulare Rechtsstaat die unumstößliche Grundlage sei? "Ja, solange Muslime in der Minderheit sind."

Damit aus der Minderheit keine Mehrheit wird, dürfen wir unsere eigene Identität ebensowenig aufgeben wie unsere Werte und unsere Leitkultur auf der Basis des Grundgesetzes. Wenn Muslime heute bewußt Islam mit Friedfertigkeit statt Unterdrückung übersetzen, dann wollen wir das gerne glauben, wenn in allen 57 islamischen Staaten Religion und Politik getrennt sind, der Dschihad und die Scharia genauso aufgegeben werden wie der Anspruch auf Vorrherrschaft und religiöse Überlegenheit, wenn es Geschlechtergleichheit und Glaubensfreiheit, Rechtsstaatlichkeit, Gewaltenteilung und freie Wahlen gibt. Aber keinen Moment früher.

Hans-Jürgen Irmer ist CDU-Abgeordneter im Hessischen Landtag.<<

Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtete am 30. Juni 2017: >>**Kein**

Respekt

Wie der Islam freie Gesellschaften unterwandert

Ein erstaunliches Buch einer Muslimin, die 1981 als Siebenjährige mit ihren Eltern aus Skopje/Mazedonien kam, sich hier integrierte, alle Freiheiten unserer Rechtsordnung zu nutzen lernte, sich zum Urfeminismus bekannte und nun gegen ihre Glaubensschwestern nicht nur zu Felde zieht, sondern sie als "Gefahr" bezeichnet. Der Titel "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen" weckt Neugier und hält, was er verspricht, wenn auch manches etwas übertrieben idealistisch klingt.

Unter einem "Hidschab" total verschleierte Musliminnen bezeichnet sie provokativ als "gesichtslose Stoffsäcke". Das Buch ist übersichtlich gegliedert und beginnt mit "Lektionen in gelebtem Islam". Hier schildert die Autorin familiäre Probleme, wie sie sich vom Islam emanzipierte, vor ihrer Mutter in ein "Frauenhaus" flüchtete und sich der CDU anschloß.

Im Kapitel "Die muslimische Frau - immer nur ein Opfer?" bezeichnet sie diese als "Täterinnen", denn diese erziehen die Kinder: "Mütter erziehen die Jungs zu Prinzen und Machos, die Mädchen zu ergebenen Dienerinnen der Männer. Die Frauen sind die größten Unterdrücker der Töchter. Die Hand einer muslimischen Mutter fliegt schnell!" Während die Mädchen zur Keuschheit verdammt seien, dürften die Jungen ihre Triebe ausleben. "Nichtmuslimische Frauen sind Freiwild."

Dann wirft die Autorin einen Blick "Zurück in die Vergangenheit". "Wo immer der Islam Gesetz wird, wo immer der politische Islam die Macht ergreift, hält die Verhüllung der Frauen Einzug." Das war in Kairo so, in Bagdad, in Kabul, in Teheran. "Jüngstes Beispiel eines solchen Backlashs ist die Türkei." Hier erlebten wir direkt, wie eine ehemals säkulare Gesellschaft Schritt für Schritt konsequent islamisiert wird: "Kopftuch und Vollverschleierung sind die Leichentücher der freien Gesellschaft." Die Islamisierung übertrage sich auf europäische Großstädte wie Den Haag, London, Madrid, Paris oder Berlin.

"Wir haben den Kampf gegen den Hidschab schon fast verloren. Weil wir als Gesellschaft so tolerant sind." Noch konkreter: "Verschleierung bedeutet Islamismus, Salafismus, Fundamentalismus, Scharia und Dschihadismus. Sie bedeutet Geschlechter-Apartheid und Demokratiefeindlichkeit. Wieso das die deutschen liberalen Kulturrelativisten nicht sehen wollen, ist mir schleierhaft."

Nach dem Kapitel "Falsche Feministinnen" widmet Ramadani sich der "Gewalttätigen Religion" und beschreibt "den Glauben als Grundlage für den islamistischen Terror". Ihre Meinung: "Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." In einem historischen Rückblick erörtert sie die Frage, woher Rückständigkeit und Gewaltneigung bei Muslimen kommen. Nur das Alevitentum könne "ein friedlicher EU-Islam" sein. Erörtert wird auch das Problem, wie das "Scharia-Recht" langsam das "deutsche Rechtswesen" unterwandert, "Parallelgesellschaften" wie "Paralleljustizen" entstehen. Der Islam vertrete die Einstellung: "Ungläubigen schuldet kein Muslim Respekt" und "Deutsche Männer sind Weicheier".

Interessant ist auch der Blick auf die "Tabus der Muslimfunktionäre", die "nicht nach den Fehlern ihrer Glaubensbrüder" stöberten, eher die Radikalisierung aktiv förderten. Das letzte Kapitel heißt "Aus Fehlern lernen". Die Autorin fordert die Politik auf, Alternativen anzubieten. "Wir müssen den Willigen helfen, sich aus ihrer Unmündigkeit zu befreien - und die Unwilligen des Landes verweisen."

Ihr Fazit: "Einen diesen Staat und diese Gesellschaft ablehnenden, radikalen, vorgestrigten, unmodernen Islam brauchen wir nicht. Dieser Islam gehört nicht zu Deutschland." Als Vorbild propagiert sie Kanada und fordert, die "Deutsche Islam Konferenz" aufzulösen, für gescheitert zu erklären. Um "die radikalislamischen Einflüsterer und Haßprediger in den hiesigen Moscheen kontrollieren zu können, müssen wir per Gesetz festlegen, daß dort in deutscher Sprache gepredigt wird".

Zana Ramadani: "Die verschleierte Gefahr. Die Macht der muslimischen Mütter und der Toleranzwahn der Deutschen", Europaverlag, Berlin 2017, ... 262 Seiten ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 19. Juli 2017: >>>Muslime frohlocken: Kommt jetzt die Vielweiberei?

Rasch noch vor den Sommerferien von Mutti Merkel aus wahltaktischen Gründen im Schnellverfahren durchgewinkt, schlägt die Einführung der "Ehe für alle" auch im Ausland hohe Wellen. Giuseppe Garcia, Medienbeauftragter des Bistums Chur (Schweiz), spricht im eidgenössischen 'BLICK' Klartext.

"Ehe für alle ist Ehe für keinen", erklärt Garcia in einem Gastbeitrag des Schweizer ›BLICK‹ und wirft dem deutschen Staat absolute Beliebigkeit vor. Und er geht noch einen Schritt weiter:

Wenn der Staat die Ehe zwischen Männern und Männern, Frauen und Frauen sowie zwischen allen anderen von linker Seite postulierten Sexualformen anerkennt, welche Argumente will er dann gegen die Vielehe, die Ehe von einem Mann und vielen Frauen anbringen?

"Wenn es tatsächlich so ist, daß in Zukunft ›Ehe für alle‹ gilt, dann auch für drei Männer und drei Frauen. Auch sehr behaarte Männer mit der Befähigung, mehrere Ehefrauen zu pflegen und mit ihnen diverse Kinder zu zeugen, dürfen nicht länger diskriminiert werden. Und es darf ihnen, sollte die eine oder andere Gemahlin noch im Ausland verweilen, der Familien-

nachzug nicht verwehrt werden", erklärt Garcia weiter.

Es stellt sich damit die Frage, ob die "Ehe für alle" nicht ein weiterer Schritt nicht nur in Richtung Auflösung der traditionellen Familie, sondern auch ein weiterer Schritt in Richtung Islamisierung unseres Landes ist. Aus gut unterrichteten Quellen ist jedenfalls bekannt, daß islamische Kreise in Deutschland die "Ehe für alle" begrüßen, weil sie ein weiterer Schritt in Richtung Anerkennung der Vielweiberei und der Scharia ist.<<

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 4. August 2017: >>**Sure 2 Vers 106**

Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans

Der Koran ist nicht selbsterklärend. Vieles muß hinterfragt, interpretiert und erläutert werden. Viele Aussagen im Text lassen sich andernfalls in keinen logischen Zusammenhang bringen.

Ein zentrales Instrument zum Verstehen des Korans ist die Abrogation.

Von Prof. em. Dr. Kees Versteegh, Universität Nijmegen, Niederlande

"Wenn wir einen Vers (aus dem Wortlaut der Offenbarung) tilgen oder in Vergessenheit geraten lassen, bringen wir (dafür) einen besseren oder einen, der ihm gleich ist. Weißt du denn nicht, daß Gott zu allem die Macht hat?"

Dieser Vers beinhaltet den wichtigsten Hinweis im Koran auf das Prinzip der Abrogation. Dieses Prinzip heißt auf Arabisch "naskh" und bedeutet wörtlich: Tilgung, Ersetzung. Es beschreibt Gottes Entscheidung, eine Regel durch eine neue abzulösen.

Die Botschaft des Islams im Ganzen, so kann man sagen, abrogiert alle früheren Offenbarungen Gottes an andere Gemeinschaften. Muslime glauben, daß das Christentum und das Judentum wahrhaftige Religionen repräsentierten, dennoch seien sie durch eine bessere - nämlich den Islam - ersetzt worden. Somit stellt der Islam für Muslime die letzte Offenbarung Gottes an die Menschheit dar.

Das Prinzip der Abrogation findet aber auch innerhalb des Korans Anwendung. **Gemäß dem eingangs zitierten Vers, gebietet Gott den Gläubigen manchmal, etwas zu tun, und dann offenbart er zu einem späteren Zeitpunkt ein neues Gebot, das dieses frühere aufhebt.**

Das Prinzip der Abrogation stellte die Theologen vor ein Problem. Sie konnten nicht glauben, daß sich der göttliche Wille ändern sollte. Deshalb argumentierten sie, Abrogation solle nicht auf die Verse selbst angewendet werden, sondern nur auf deren Inhalt.

Für Rechtsgelehrte war das Problem weniger drängend, da sie mit der Verfahrensweise vertraut waren, daß sich Regelungen auch ändern können. Für das islamische Recht wurde die Abrogation zu einem wesentlichen Bestandteil. Für Korankommentatoren wurde ihr Studium unverzichtbar. Wenn zwei unterschiedliche Regeln nebeneinander existierten, war es zwingend erforderlich zu wissen, in welcher chronologischen Reihenfolge sie offenbart wurden. Jeder offenkundige Widerspruch konnte dann so aufgelöst werden, daß eine Regel die ältere ist und durch die neuere ersetzt wurde.

Ein Beispiel: Anfänglich teilte Mohammed den Gläubigen mit, Gott wolle, daß sie sich beim Gemeinschaftsgebet in Richtung Jerusalem aufstellten. Nach der Auswanderung nach Medina aber brachte Mohammed eine Offenbarung (Sure 2 Verse 142 bis 143), wonach sich die Gläubigen beim Gebet in Richtung Mekka wenden sollten.

In Sure 2 Vers 184 heißt es, man dürfe eine Verletzung der Fasten-Pflicht kompensieren, indem man für jeden Tag, an dem man das Fasten gebrochen hat, einen armen Menschen speist. Der nachfolgende Vers 185 erwähnt diese Möglichkeit nicht mehr. Er wird daher von einigen Korankommentatoren als Abrogation des vorherigen Verses verstanden. Ihnen zufolge wurde die Möglichkeiten der Kompensation getilgt.

Ein weiteres Beispiel: Zu Beginn von Sure 9 wird ein zeitlicher Aufschub im Kampf gegen die Ungläubigen bekannt gegeben. Nach Ablauf der Frist soll der Kampf wieder aufgenommen werden.

Korankommentatoren vertraten die Ansicht, nach Ablauf dieses Aufschubs seien alle exis-

tierenden Verträge mit den Ungläubigen annulliert. Mithin seien alle früheren Verse abrogiert, die von Versöhnung und Waffenruhe zwischen Muslimen und Nichtmuslimen sprechen.

Dieser Interpretation folgen allerdings nicht alle Korankommentatoren. Wie die meisten anderen Forderungen, die auf Basis einer Abrogation erhoben wurden, wurde auch diese Gegenstand von Diskussionen.

Die Diskussionen dauern bis heute an und werden inzwischen im Internet fortgeführt. Auf der einen Seite stehen die Hardliner, die behaupten, alle Verse, die Gewaltlosigkeit predigten, seien abrogiert, und allen Muslimen obliege es, den Dschihad gegen die Ungläubigen zu führen. Auf der anderen Seiten stehen die Gemäßigten, die diese Abrogation ablehnen und betonen, die Botschaft des Islams sei eine der friedlichen Koexistenz.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "The European" berichtete am 8. August 2017: >>**Wir springen mit offenen Augen über die Scharia-Klippe!**

Von Dirk Förger

69 % der Muslime weltweit wollen die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan). Als Folge davon befürworten 40 % der Muslime einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger.

Anlässlich ständiger Messer-Attacken in Deutschland, des Falles Anis Amri, islamistischer Gewalt-Organen weltweit, diktatorischer Zustände in der Türkei und vieler anderer Ereignisse: einige Gedanken zum Islam. Dabei ist es mein Ziel, aus wertkonservativer Sicht eine Diskussion anzuregen.

Sicherlich sind manche meiner Überlegungen sehr provokativ. Hin und wieder fällt es mir auch schwer, kühl und sachlich zu bleiben. Aber wenn ich mich über bestialische Massaker, Kinder-Bomber in Manchester oder Aufrufe zur Judenvernichtung nicht mehr aufregen darf - wann denn dann noch? Wie kann aufgrund der aktuellen Fakten überhaupt jemand auf die Idee kommen, daß der Islam eine friedfertige Religion sein könnte? Die Realität spricht doch mit tausendfachem Mord dagegen! Lassen sich die Deutschen am Ende gar wie einfältige Schafe zur Schlachtbank (respektive zum Schächten) führen?

Was mich und andere wahnsinnig macht, ist dieses völlige Ignorieren aktueller Ereignisse und Realitäten, aber auch von Geschichte. Dieser unerträglich provinzielle Scheuklappenblick in Deutschland, der Fakten in der Welt nicht wahr haben möchte. Arthur Neville Chamberlain hätte an diesem Appeasement gegenüber dem Islam (bei gleichzeitiger Verteufelung aller Islam-Kritiker) seine wahre Freude gehabt. Bei mir bleibt Fassungslosigkeit angesichts einer Republik voller Lemminge, die mit offenen Augen über die Scharia-Klippe springen.

O.k., die Zuwanderer können sich immerhin mit jahrelanger islamistischer Gehirnwäsche herausreden. Aber wer erklärt mir die paradoxe Idiotie meiner Landsleute: Diejenigen, die vor einer totalitären, faschistischen Religion warnen, werden selbst als Faschisten beschimpft und zwar von linken Faschisten, die ihrerseits faschistische Methoden anwenden, um andere als Faschisten auszugrenzen.

Dieser Satz funktioniert übrigens auch (leicht abgewandelt) für den Begriff Populismus: Linke, Grüne und Merkel-Populisten, die Kritiker populistisch als Populisten bezeichnen, wenden populistische Methoden an, um Andersdenkende als Populisten auszugrenzen.

Dabei wurde zuletzt vielfach über das "Postfaktische" geschimpft. Aber wie steht es tatsächlich mit den Fakten? Da wird zum Beispiel laufend ungeprüft behauptet: Die meisten Muslime seien "friedlich".

Darauf könnte ich antworten, daß es am Ende häufig völlig irrelevant ist, was die Mehrheit will. Oft genug setzt sich doch die radikale, brutale, zu allem entschlossene Bevölkerungsgruppe durch. Dafür gibt es weltweit Dutzende Beispiele. Gerade und insbesondere in muslimischen Ländern!

Ich könnte aber auch fragen: Woher wissen wir, daß die meisten Muslime wirklich "friedlich"

sind - oder zumindest Einstellungen haben, die annäherungsweise unseren Wertvorstellungen nahe kommen?

Und wenn dem so ist: Gilt das weltweit? Für Europa? Nur für Deutschland?

Oder lediglich für die nette muslimische Familie von nebenan?

Auf welchen belastbaren Untersuchungen (nicht Gefühlen oder Wunschträumen) basiert die Annahme des "friedlichen" Islam? Interessanterweise gibt es dazu kaum Fakten im deutschsprachigen Internet. Ich mußte außerhalb Deutschlands nach Quellen (PEW, Global Terrorism Index, BBC, The Independent, u.a.) suchen. Dort ergab sich dann ein ganz anderes, erschreckendes Bild - obwohl man natürlich auch hier die Allgemeingültigkeit hinterfragen muß! Aber immerhin sind es Zahlen und nicht nur Gefühle. Sie basieren unter anderem auf einer Umfrage, die in 38 Ländern die Meinung von rund 1,2 Milliarden Muslimen untersucht hat:

- Danach wollen 69 % der Muslime weltweit die Scharia als Rechtssystem. In den Herkunftsländern unserer Flüchtlinge sind es sogar 91 % (Irak) oder 99 % (Afghanistan).

- Als Folge davon befürworten 40 %, also rund eine halbe Milliarde (!) Muslime, einen Mord oder die Todesstrafe für Islam-Aussteiger. In Afghanistan sind es 79 %, in Ägypten sogar 86 %, im Irak immerhin noch 42 %.

- Außerdem fordern 16 % der türkischen Muslime die Steinigung von Ehebrecherinnen, 56 % der Nigerianer, jeweils 82 % der Pakistaner und Ägypter.

- 13 % der US-Muslime befürworten Bomben-Selbstmord-Attentäter, ebenso 13 % in Deutschland (wie viel Tausend sind das noch mal?), 24 % in Großbritannien, 29 % in der Türkei, 35 % in Frankreich, 59 % in Ägypten und 75 % der Bewohner des Gaza-Streifens. Da fühlt man sich als Israeli doch so richtig sicher...

- 2015 waren 21 % der Syrer für eine Unterstützung von ISIS.

- In den ersten 13 Tagen des diesjährigen Ramadans gab es weltweit 73 Anschläge mit 809 Toten.

- In Deutschland ist die Zahl der angezeigten Messerstraftaten in den letzten vier Jahren um 600 (!) Prozent in die Höhe geschneit - von rund 550 im Jahr 2013 auf fast 4.000 im Jahr 2016. In diesem Jahr sind wir auf bestem Wege, diese Marke zu übertreffen...

- 40 Jahre Multikulti in Schweden bedeuten: 300 Prozent mehr Gewaltverbrechen, rund 1.500 Prozent mehr Vergewaltigungen.

- Letztes Jahr gab es allein in NRW rund 75.000 Polizeieinsätze in und vor Flüchtlingsheimen. Das bedeutet hochgerechnet 300.000 Polizeieinsätze in ganz Deutschland.

- Laut "Einzelfall-Map", die nur ein Bruchteil der (belegten) Migrantinnen- und Flüchtlingskriminalität in Deutschland wiedergibt, gab es 2016 durch unsere zugewanderten "Facharbeiter": 1.785 sexuelle Übergriffe, 210 Vergewaltigungen, 5.423 Raubüberfälle, 1.308 Bedrohungen, 2.971 Körperverletzungen, 119 Brandstiftungen, 331 Morde, usw.

Und nur zur Erinnerung selbst in ihrer "friedlichsten" Form bedeutet Scharia:

- Keine Religionsfreiheit

- Keine Meinungsfreiheit

- Keine Gedankenfreiheit

- Keine künstlerische Freiheit

- Keine Pressefreiheit

- Keine Demokratie

- Keine Gleichberechtigung für Frauen (sie dürfen geschlagen werden)

- Nicht-Muslime sind bestenfalls Bürger zweiter Klasse

- usw.

In der weltweiten Realität heißt Scharia aber: Prügelstrafe, Hände abhacken, Steinigung, Aufhängen von Menschen an Kränen als Massenunterhaltung und noch wesentlich mehr Greuel-taten. Offensichtlich sind viele Deutsche, darunter nicht wenige Politiker, noch nicht einmal

postfaktisch. Denn dieses Adjektiv würde rein sprachlich voraussetzen, daß sich diese Menschen vorher schon einmal mit den Fakten des Islam beschäftigt hätten. Islam-Flüsterer unter sich: Nach jedem Mord, nach jedem Massaker, nach jeder Vergewaltigung höre ich immer nur die gleichen hohlen Beileidsbekundungen. Machen sich diese Politiker denn keine Sorgen um die Zukunft ihrer eigenen Kinder?

Andererseits: Die Kanzlerin hat keine Kinder, um die sie sich Sorgen machen müßte. Sie denkt ausschließlich an ihren eigenen Machterhalt also an die nächste Wahl. Und ihre Adlaten mucken deshalb nicht auf, weil sie ihre Pöstchen nicht verlieren wollen. Schließlich winkt ihnen unter anderem eine ungerechtfertigt hohe Altersversorgung. Offensichtlich ist ihnen die Zukunft des Deutschen Volkes (im Gegensatz zur eigenen) völlig egal. Genauso wie das Schicksal der Opfer, die nach jedem der immer schneller aufeinanderfolgenden "Einzelfälle" rasch vergessen werden.

Liebe Terror-Nihilisten: Was ist, wenn die Islam-Gegner letztlich Recht haben, ihr aber nicht? Zieht ihr das überhaupt in Betracht? Oder habt ihr die Gott-gleiche (sorry: Allah-gleiche) Allmächtsphantasie, die Zukunft vorhersagen zu können? Also ich schaue lieber auf die Geschichte des Islams, seine aktuellen Taten und was er uns für die Zukunft androht. Das sind für mich die Fakten - und nicht utopische Wunschträume.

Liebe linke und grüne Freunde: Könnte es sein, daß diejenigen, die vor dem Islam warnen, gar keine "Nazis" sind? Zumindest nicht alle? Sondern schlicht die Wahrheit, also das Faktische, aussprechen? Wann kapieren Weltverbesserer in ihren Wahnvorstellungen endlich, daß wir uns keine Multikulti-Volkstanz-Gruppen ins Land holen zumindest nicht nur? Da metzeln Islamisten europaweit Dutzende von Menschen nieder, weltweit sind es sogar Tausende. Realitätsverweigerer warnen aber lediglich vor Deutschen, die eine berechtigte Angst vor diesen Killern haben?

Aber selbst wenn es ein Video gäbe, auf dem Mohammed persönlich einen Attentäter beauftragen würde, wäre das für die Träumer in Deutschland wahrscheinlich immer noch ein "verrückter Einzeltäter", der mit dem Islam nichts zu tun hat. Und wenn am Ende der letzte Linke von einem Islamisten getötet wurde, wird man wohl noch von Ferne das Echo seiner Stimme hören: "Die Rechten waren's!"

Auf alle, die anders denken als Claudia Roth, Heiko Maas und Angela Merkel, darf mit dem Holzhammer eingeschlagen werden. Das sind alles Rechtspopulisten oder sogar Nazis. Aber beim Islam soll genau differenziert werden? Warum eigentlich? Zeigen Anhänger des Islam nicht mit ihren andauernden Massenmorden, die selbst vor Kindern nicht Halt machen, wie blutig ernst es ihnen ist? Natürlich sind nicht alle Muslime Terroristen, aber die meisten Terroristen sind nun mal Muslime. Oder kann sich jemand daran erinnern, wann ein Hindu, Buddhist oder Jude das letzte Mal als Selbstmordattentäter in Deutschland in Erscheinung getreten ist?

Eigentlich müßten Grüne und Linke täglich gegen Islamisten demonstrieren. Vor allem, wenn sie wirklich ein erneutes Jahrhundertverbrechen wie den Holocaust verhindern wollen. Denn wer fordert denn rund um die Welt am lautesten die Vernichtung der Juden? Und gerade diese Religion wird von Protestlern verteidigt? Noch dazu in Deutschland?

Und in Zeitungen lese ich schwachsinnige Überschriften wie: "Rock-am-Ring-Gäste setzen bewegendes Zeichen gegen den Terror". O.k., sie haben diszipliniert gekuschelt, sind zu Kreuze (bzw. zum Halbmond) und dann in ihre Zelte gekrochen. Aber ein bewegendes Zeichen wäre für mich gewesen, wenn die 90.000 am Nürburgring wenigstens einmal einen Protestmarsch gegen diese islamistischen Kultur-Zerstörer organisiert hätten!

Denn es ist höchste Zeit: Gerade wird in Nordafrika und im vorderen Orient der Rest der dort lebenden Christen durch den Islam vertrieben und ermordet. Wie Shisha-umnebelt muß ein Gehirn sein, um dies nicht wahr zu nehmen? Noch mal, weil ich es einfach nicht fassen kann:

Selbst in Deutschland vergeht kein Tag, an dem nicht über eine Vergewaltigung, einen Mord, eine No-Go-Area, ein Messer-Attentat, andere "Einzeltaten" unserer zugewanderten "Gäste" berichtet wird. Und sogenannte Intellektuelle protestieren als Reaktion auf diesen Terror allen Ernstes am laufenden Band (nur) gegen "Nazis"? Wie "postfaktisch" kann man denn noch sein?

Es macht nur noch wütend: Nach jedem Anschlag beten Bessermenschen und Politiker immer wieder die gleiche Litanei herunter. Etwa das Märchen vom "Einzeltäter", der angeblich nichts mit dem Islam zu tun hat - selbst wenn er bei seinen Morden noch so laut "Allahu akbar" brüllt. Oder daß die Attentate der Islamisten lediglich "den Rechtsradikalen in die Hände spielen". Sind etwa "Rechte" am ständigen Terror des Islam und den Straftaten der Zuwanderer schuld? Und ist wirklich jeder, der sich über terroristische Killer und die dahinter stehende Religion aufregt, gleich ein "Nazi"?

Die Absurdität wird noch klarer, wenn wir dieses Szenario einfach einmal umdrehen: Man stelle sich vor, Nazis würden in diesem Jahr rund um den Globus Tausende von Menschen massakrieren. Würden Grüne und Linke dann auch für mehr "Weltoffenheit" gegenüber Nationalsozialisten demonstrieren? Würden sie ebenfalls argumentieren, daß aus einer "überwiegend friedlichen Mehrheit lediglich eine radikale Minderheit ..." diese Taten begangen hätte? "Einzelfälle" sozusagen? Und als Reaktion würde dann gegen Muslime demonstriert, weil die Taten der Nazis dem Islam "in die Hände spielen" könnten?

Liebe Grüne, Kirchentags-Besucher und andere Bessermenschen: Wann stellt Ihr Euch endlich einmal gegen die wirklichen Mörder? Wie viele Menschen wollt ihr noch auf dem Altar Eurer beschränkten linken Utopien opfern? Wäre es nicht ein Treppwitz der Geschichte, wenn die Anhänger von PEGIDA in 50 Jahren als die "Stauffenbergs" (richtiger wäre wohl "Elsers") unserer Zeit bezeichnet würden? Weil diese Demonstranten eine religiöse Diktatur verhindern wollten, als es noch möglich war? Ich weiß, ganz provokant!

Daher nur kurz zur Klarstellung: Schon häufig habe ich sehr deutlich gemacht, daß ich keinerlei Sympathien für Extremisten jedweder Herkunft habe, weder von "rechts" noch von "links" (falls diese Kategorien heute überhaupt noch greifen). Deshalb bin ich aus einer ganzen Reihe von Gründen sowohl gegen die AfD als auch gegen die LINKE. Dies liegt an vielen politischen Aussagen sowie dem Personal BEIDER Parteien. Und jemand wie Lutz Bachmann ist für mich ohnehin völlig indiskutabel. Allerdings bezieht sich meine Ablehnung totalitärer Strukturen nicht nur auf Parteien, sondern eben auch auf Religionen - oder auf Denkrichtungen, die sich als solche bezeichnen.

Insofern kann jeder gegen die AfD, PEGIDA und andere Islamisierungs-Gegner demonstrieren. Gegen tatsächliche Neonazis sollte man es sogar! Aber: Haben AfD und PEGIDA immer Unrecht, wenn sie vor dem Islam warnen? Es gibt den Aphorismus: "Die Wahrheit wird nicht deshalb zur Unwahrheit, bloß weil ein Idiot sie sagt!" Und Voltaire wird (wohl fälschlicherweise) das Zitat zugeschrieben: "Du bist anderer Meinung als ich und ich werde Dein Recht dazu bis in den Tod verteidigen." Diesen Kern unserer Meinungsfreiheit sehe ich bei der Diskussion um den Islam gefährdet!

Als Negativ-Beispiel sei an die Proteste kürzlich in Köln erinnert. Dort demonstrierten naive Domstädter "gegen Rechts" und "für Weltoffenheit". Am Ende bewiesen die Protestler jedoch vor allem eines: Intoleranz gegenüber allen, die sich der links-grünen Indoktrination nicht unterwerfen! Steigbügelhalter einer eher totalitären Denkweise die sie eigentlich zu bekämpfen vorgaben. Gnadenlose Ausgrenzer mit einer "politisch korrekten", aber beschränkten Welt-sicht. Wenige Wochen später folgten gerade einmal ein paar Dutzend Muslime dem Aufruf, als es darum ging, gegen Gewalt im Islam zu demonstrieren. Beschämend und entlarvend! Insbesondere, wenn man an die Heerscharen von Jubel-Türken denkt, die vor Jahresfrist ihrem Diktator in der Rheinmetropole zujubelten.

Haben bei den letzten Wahlen nicht zwei Drittel aller teilnehmenden Türken in Deutschland für eine Diktatur gestimmt? (Wenn man Kurden und Christen abzieht, sieht die Zahl noch düsterer aus.) Ein Beweis dafür, wie krachend die demokratische Integration in Deutschland doch gescheitert ist! Wir haben es in Jahrzehnten nicht wirklich geschafft, diese Menschen in unsere Demokratie zu integrieren, ihnen Humanität und Menschenrechte beizubringen. Und jetzt soll das bei Menschen funktionieren, die obwohl auf der Flucht davor immer noch an eine totalitäre Ideologie glauben, die sich "Religion" nennt?

Zugegebenermaßen stellt sich mir hier die "Gretchenfrage". Da mir natürlich bewußt ist, was in Artikel 4 des Grundgesetzes steht - und ich noch dazu Klosterschüler war. Dort wurden mir christliche Werte beigebracht. Gleichzeitig hatte ich immer ein großes Problem mit der Kirche als Institution. Zynisch betrachtet: Handelt es sich dabei nicht um ein künstliches Konstrukt, das dazu geschaffen wurde, um alten Männern zur Macht zu verhelfen (bzw. sie dort zu halten)? Wurden nicht auch bei uns die fundamentalen Menschenrechte gegen enormen Widerstand nicht zuletzt der Kirche durchgesetzt?

Warum soll ich dann Respekt vor einer anderen Glaubensrichtung haben, die sich mittlerweile auf einen Stand vor ihrem eigenen Mittelalter zurück entwickelt hat (wenn ich an die großen Gelehrten des Islam wie Avicenna oder Averroes denke)? Was ist der Unterschied zwischen einer Religion und einer gefährlichen, menschenverachtenden Sekte? Lediglich die Zahl der Mitglieder? Kann man den Islam nicht auch als eine fehl geleitete Ideologie begreifen?

Ist am Ende nicht jede Religion eine Ideologie also ein System von Normen, das Gruppen zur Rechtfertigung und Bewertung eigener und fremder Handlungen verwenden? Wenn ich jetzt annehme, daß mein System (basierend auf christlicher Erziehung und den Menschenrechten) besser ist: Warum soll ich die Normen einer Religion bzw. Ideologie tolerieren, die sich anschickt, meine Welt und meine Werte zu vernichten?

Ist der Islam heute nicht mindestens so gefährlich, wie der Nationalsozialismus es in den 1920er Jahren war? Schließlich beschreiben Anhänger des Islam ständig, wie sie uns assimilieren oder ausrotten wollen, noch deutlicher als es in "Mein Kampf" der Fall war. Mehr noch: Sie beweisen es unaufhörlich mit tausendfachem Mord. Habe ich dann nicht sogar die Pflicht als Demokrat, mich dagegen zu wehren?

Denn was tut die Politik? Unser Außenminister-Darsteller Sigmar Gabriel machte sich in der Türkei zum Kasper, indem er dem dortigen Diktator mitteilte, daß die Bundeswehr eine Parlamentsarmee sei. Du sozialdemokratische Geistesgröße: Meinst Du etwa, der wußte das nicht? Was muß Erdogan denn noch tun, bis einige deutsche Politiker endlich merken, daß sie am Nasenring vorgeführt werden?

Ganz zu schweigen von der grünen Politiker-Mischpoke und ich benutze hier ausdrücklich das hebräische Wort für diese Unterstützer antijüdischer Umtriebe. Offensichtlich fühlen sich Roth & Co. ausländischen Terroristen und Völkermord-Befürwortern näher als ihren Landsleuten. Ach, ich vergaß: Sie habe ja gar keine Landsleute. Denn das würde voraussetzen, daß sie Deutschland als ihr Vaterland anerkennen würden. Noch weiter treiben es natürlich die Hurra-Pazifisten auf dem Kirchentag: Dort ist ein Deutscher schon ein "Nazi", wenn er deutsche Eltern und Großeltern hat.

Irgendwie erinnern mich die aktuellen Diskussionen an die Friedensmärsche Anfang der 1980er Jahre. Damals wurden Menschen mit einem berechtigten Anliegen (dem Wunsch nach Frieden) als nützliche Idioten Moskaus mißbraucht. Wir hatten seinerzeit als RCDS darauf hingewiesen und wurden von linksorientierten Fachschaften deshalb als "Nazis" beschimpft und ausgegrenzt. Mittlerweile ist umfassend belegt, daß wir Recht hatten. Jetzt fordern wieder Menschen, die selbst keinerlei Toleranz für eine andere Meinung haben, Toleranz für eine völlig intolerante Religion. Damit passen sie natürlich wunderbar zum Islam!

Aber genauso wie es mir im säkularisierten Staat gestattet sein muß, die katholische Kirche zu

kritisieren, sollte mir das beim Islam ebenfalls erlaubt sein. Oder hat diese Religion in Deutschland etwa Sonderrechte? Offen gibt sich der Islam doch nur, solange er in der Minderheit ist - um am Ende seine eigentlichen Ziele zu erreichen. Oder kann mir irgend jemand einen islamischen Staat nennen, in dem nicht zumindest die Menschen- und Frauenrechte mit Füßen getreten werden? Eine eher rhetorische Frage. Denn die Realität (z.B. nach "CIA Factbook" oder Peter Hammonds "Slavery, Terrorism and Islam") sieht doch weltweit zumeist folgendermaßen aus:

Solange die muslimische Bevölkerung in einem Land unter 2 % bleibt, wird sie sich zum größten Teil als friedliebende Minderheit präsentieren. Bei 2 % bis 5 % beginnt sie, sich von anderen ethnischen Minderheiten durch Einforderung von Sonderrechten zu unterscheiden. Ab 5 % übt der Islam im Verhältnis zu seinem Prozentsatz in der Bevölkerung einen überproportionalen Einfluß auf die Gesellschaft aus.

Zum Beispiel wird auf die Einführung von Halal-Nahrung gedrängt. Wenn Muslime 10 % der Bevölkerung entsprechen, greifen sie zu gesetzlosen Mitteln, um ihre Beschwerden zu untermauern. In Paris brennen schon ganze Stadtteile. Jede Muslim-kritische Aktion beleidigt den Islam und führt zu Drohungen, Aufständen und Schlimmerem.

Nach dem Erreichen von 20 % sind Miliz-Formationen, sporadische Tötungen und die Verbrennung christlicher Kirchen und jüdischer Synagogen zu erwarten. Bei 40 % erlebt das Land weitverbreitete Massaker, laufende Terrorangriffe und Milizkriegsführung. Ab 60 % werden ungehindert Nichtgläubigen aller anderen Religionen verfolgt (einschließlich nichtkonformer Muslime). Es kommt zu sporadischen ethnischen Säuberungen und die Scharia wird als Waffe eingesetzt.

Bei über 80 % Muslime sind tägliche Einschüchterungen und gewalttätiger Dschihad verbreitet. Es kommt zu größeren ethnischen Säuberungen und sogar Völkermord. Sind nahezu 100 % erreicht, sollte eigentlich Frieden herrschen, denn dann ist (fast) jeder ein Muslim. Leider wird der Frieden nie erreicht, da in diesen Staaten dann die radikalsten Muslime die weniger radikalen Glaubensbrüder einschüchtern und töten.

Warum demonstrieren in Deutschland dann so viele FÜR mehr Toleranz und nicht GEGEN Auswüchse einer mörderischen Religion und deren Intoleranz? Demonstranten fordern damit letztlich Verständnis und Offenheit für ein System, das ständig Menschen umbringt. Deutschland ist außerdem das einzige Land der Welt, in dem sich die Einwohner den Zuwanderern anzupassen und ihre eigene Kultur aufzugeben haben, statt umgekehrt. Und wenn ich hierzulande als Warner vor dem Islam auftrete, hätte ich wahrscheinlich als Cassandra im alten Troja einen leichteren Stand gehabt.

Aber wie blind muß der deutsche Michel sein, um nicht zu sehen, wie der Islam und die Zuwanderung schon jetzt die Gesellschaft negativ verändert haben. Wie unsere Freiheit immer mehr beschnitten und Unfrieden gesät wird. Dazu reicht doch schon ein Blick auf die Überschriften der Tageszeitung DIE WELT eines einzigen Tages (31.7.17):

- Messerstecher Ahmad A.: "In unseren Akten taucht der Name nicht auf"
- Gefährliches Asyl: Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land
- Attacke in Supermarkt: Das Regal mit den Messern ist jetzt leergeräumt
- Islamistischer Terror: "Ich mache euch fertig."
- Nach Messerattacke: "Wenn es um Sicherheit geht, steht der Senat auf der Bremse"
- Verfassungsschutz: Herrmann kritisiert steigende Enthemmung bei Gewalt
- Nach Hamburg-Attentat: Bosbach fordert Paßpflicht für Asylbewerber
- Ausreisepflichtige: Abschiebungen scheitern vermehrt an Widerstand der Migranten
- Terrorbekämpfung: CSU verheißt bayerische Sicherheit für den Rest der Republik
- Grüne über Migration: "Flüchtlinge werden nicht weniger, nur weil wir wegschauen"
- Flüchtlinge: Dann laßt uns doch eine Luftbrücke nach Afrika einrichten

- Sinfonie der Gewalt: 76 Stunden im Hamburger G20-Chaos
- World Trade Center: Weshalb die Türme einstürzten

Und sogar aus den Reihen der Träumer:

- Hamburg und Konstanz: Sehr nachdenkliche Töne von Dunja Hayali

Bei den Linken käme sicher keiner auf die Idee, daß rechtsradikale Taten nichts mit der Nazi-Ideologie zu tun haben könnten. Warum nehmen sie dann aber sakrosankt an, daß die Morde der Islamisten nichts mit dem Islam zu tun hätten? Die Realität ist doch: Der Islam greift ständig den Westen an. Wir befinden uns im Krieg. Und jeder der sehen will, kann das (wenn schon nicht in deutschen Medien) tausendfach im Internet verfolgen. Aber der Deutsche schaut sich lieber Katzen- und Pornovideos an. Vielleicht hat der Islam ja Recht, daß wir uns mit unserer Ignoranz selbst zu Grunde richten werden?

Apropos Internet und Medien: In Talkshows profilieren sich Sprecher islamischer Organisationen gerne als Vertreter eines friedlichen, toleranten Islams. Deshalb ein paar (zugegebenermaßen sehr vereinfachte) Begrifflichkeiten, die über die angeblich friedlichen Absichten des Islam nachdenken lassen:

"Islam" heißt nicht "Frieden", sondern "Unterwerfung"!

Schon Mohammed lehrte: "Kampf ist Täuschung". Lüge und Betrug sind anerkannte Bestandteile des Dschihad. Was ist demzufolge von der aktuellen "Friedfertigkeit" des Islam in Deutschland zu halten? Und waren zuletzt nicht (angeblich) gut integrierte Schläfer die schlimmsten Terroristen?

Der arabische Begriff "Haus des Krieges" bezeichnet alle Gebiete der Welt, in denen der Islam noch nicht Staatsreligion ist. Synonym kann man auch den Begriff "Gebiet des Unglaubens" gebrauchen. Nach traditioneller islamischer Auffassung kann es keinen Frieden mit diesem "Gebiet des Unglaubens" geben, sondern nur eine zeitlich begrenzter "Waffenstillstand". Der Dschihad gegen die Ungläubigen ist deshalb eben NICHT das Werk einiger durchgeknallter "Einzeltäter", sondern sogar heilige Pflicht für die Gesamtheit der Muslime. usw.

Wer also spitzfindig zwischen Islam und islamistisch unterscheidet, liebe Exegeten: Ein konsequent islamischer Staat ist IMMER islamistisch! Und wer sagt, daß es bei uns keine Islamisierung gebe, sollte sich einmal die Fakten betrachten etwa die Zunahme der Muslime und Moscheen in Deutschland innerhalb der letzten 50 Jahre.

Zusätzlich verstärkt durch die laufend sinkende Zahl der christlichen Kirchen. Außerdem können die Islamisierungs-Leugner offensichtlich kein Deutsch. Denn bei der Islamisierung handelt es sich um einen Prozeß und nicht um eine Momentaufnahme. Daher ist es völlig irrelevant, ob die Muslime in Deutschland NOCH in der Minderheit sind. Und nein, wir sind nicht erst dann islamisiert, wenn Frauen in Deutschland gesteinigt werden - um es sehr zuge-spitzt zu formulieren.

Apropos: Eine Steinigung kennt der Deutsche eigentlich nur aus Filmen wie "Das Leben des Brian", in dem eine Hinrichtung offenbar eine lustige Sache ist. Ähnlich niedlich und folkloristisch scheint auch das Bild des Islam bei vielen Landsleuten zu sein. Sie wollen gar nicht anders, als an Märchen aus 1001 Nacht zu glauben. Nur, wer diese Märchen historisch-realistisch betrachtet, gewinnt ein anderes, blutiges Bild.

Denn was steckt denn beispielsweise hinter den Eunuchen, die auch in musikalischen Werken wie Mozarts "Entführung aus dem Serail" nur als niedliche Männlein dargestellt werden: Millionen Sklaven, bei denen einfach die Geschlechtsteile abgeschnitten wurden - worauf der größte Teil jämmerlich verblutet ist. Und da wir gerade bei Leibeigenen sind: Selbst heute gibt es in islamischen Staaten noch Sklaverei. Liebe Träumer, sind euch solche Fakten bekannt?

Um zu wissen, wohin wir gehen, müssen wir wissen, woher wir kommen: Vieles läßt mich momentan an Gespräche mit meinen Großeltern zurück denken: Wer wollte, konnte schon im

Nazi-Reich erfahren, was mit den Juden und anderen "unerwünschten" Personen geschah. Warum zum Beispiel der Rauch aus der nahen "Irrenanstalt" so "komisch" roch. Aber viele wollten sich einfach nicht der Realität stellen. Das gilt auch heute wieder! Denn wer die Flüchtlingsströme aus Krisengebieten im Moment nicht als Gefahr ansieht, sollte sich einmal das Buch "Massenmigration als Waffe" ("Weapons of Mass Migration", Cornell University) durchlesen.

Die letzten Jahre haben gezeigt: Islamistische Mörder können heute immer und überall zuschlagen. Unsere Gesellschaft hat sich schon jetzt merklich verändert. Es herrscht ein Klima der Angst, wie die "Rock am Ring-Unterbrechung" und die Panik in Turin gezeigt haben. Selbst die Multikulti-Gesellschaft muß ihren "Karneval der Kulturen" unter massivem Polizeischutz feiern. Mich persönlich stört es einfach, wenn ich mittlerweile noch nicht einmal mehr einen Rucksack zum Open-Air-Konzert mitnehmen kann: Eine Beschneidung meiner Freiheit in jedem Sektor des Lebens.

Als weiteres Beispiel könnte ich diesen immer größer werdenden Irrsinn an den Flughäfen aufzählen. Alleine damit stehlen mir diese Religions-Fanatiker doch das wertvollste, was ich besitze: meine Lebenszeit!

Mittlerweile ist selbst in Deutschland nachgewiesen, daß wir uns Mörderbanden ins Haus geholt haben. Oder wie soll ich es anders nennen, wenn sich "Flüchtlinge" selbst als ehemalige Taliban-Kämpfer outen? Und von verschiedenen Attentätern wissen wir inzwischen sicher, daß sie mit den Zuwanderern nach Europa gekommen sind. Ich behaupte, da sind noch viel mehr Killer drunter. Oder ist die umgekehrte Annahme nach den bisherigen Erfahrungen etwa wahrscheinlicher?

Ist nicht die Ermordung des 17jährigen Niklas in Godesberg ein Fanal und ein Beispiel, was uns auch im Rest von Deutschland bald bevorstehen könnte? Aus dem einstmals mondänen Diplomaten-Ort ist innerhalb weniger Jahre eine zweifelhafte Heimat geworden: Am und um den Bahnhof lungern nachts "südländischen Gestalten" herum - und das Messer sitzt locker. Am Moltkeplatz hilft eher die türkische und arabische als die deutsche Sprache weiter. Natürlich gibt es im Restaurant nebenan keinen Alkohol mehr, schließlich bestimmen andere Kulturen schon längst, was in Deutschland erlaubt ist und was nicht. Würstchen-Verbote in Kindergärten lassen grüßen.

Ein weiteres Beispiel unter vielen für die Veränderung unserer Gesellschaft: Neulich wurden Besitzer von Metzgereien in Köln von Muslimen angepöbelt und bedroht, nur weil Deko-Schweine aus Pappe im Schaufenster standen. Gilt das Bilder-Verbot des Islam jetzt schon für Borstenvieh? Warum nicht gleich die Geschäfte kennzeichnen? Ich würde gelbe Ringelschwänzchen vorschlagen ...

Mir ist klar, daß ich sicher mit folgender Äußerung nicht den Preis für Nächstenliebe gewinnen werde. Aber als Einwohner eines Landes, in dem mir zumindest laut Grundgesetz die freie Meinungsäußerung gestattet ist, muß ich auch sagen dürfen: Nein, ich möchte diese Menschen nicht hier haben! Ich will zumindest keine Personen in Deutschland, die sich nicht eindeutig für unsere Demokratie aussprechen, unsere Art zu leben und unsere Grundwerte. Ich brauche keine Betrüger, die ihre Papiere "verlieren", ihr Handy aber nicht. Ich will in meiner Heimat keine Menschen, die Frauen verprügeln, Christen und Juden angreifen, uns Deutsche als "Opfer" sehen.

(Letzteres gilt übrigens nicht nur für Zuwanderer, sondern natürlich auch für linke und rechte Schläger, "die schon immer hier waren".)

Es könnte alles so einfach sein, gälte der gesunde Menschenverstand inzwischen nicht als politisch unkorrekt. Das sagt zumindest Klaus-Jürgen Gadamers. Oder anders ausgedrückt: Möglicherweise bin ich gar nicht islamophob, ich denke bloß selbst. ...<<